

## Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>	
1		
2		
3		
4		
5		
6		
7	– Entwurf Tagesordnung	2 - 3
8		
9	– Entwurf Zeitplan	4 - 5
10		
11	– Entwurf Geschäftsordnung	6 - 7
12		
13	– Entwurf Wahlordnung	8 - 11
14		
15	– Bericht des Landesvorstandes	12 - 15
16		
17	– Bericht des Landesparteirates	16 - 18
18		
19	– Bericht der Landesschiedskommission	19
20		
21	– Bericht der Landesfinanzrevisionskommission	20 - 21
22		
23	– Leitantrag „Zukunft durch Innovation“	22 - 28
24		
25	– Antrag „Wie weiter mit der PDS im Land Sachsen-Anhalt? – Konzept für eine finanzierbare Struktur bis 2010“	29 - 36
26		
27		
28	– Antrag zur Änderung der Landessatzung	37 - 38
29		
30	– Antrag zur Bildung des Regionalverbandes Harz	39
31		
32	– Antrag „Für eine tiefgreifende Funktional-, Verwaltungs- und kommunale Strukturreform“	40 - 47
33		
34		
35	– Antrag zur Nominierung eines Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten	48
36		
37		
38	– Zur Information: Prinzipien zur Aufstellung der Landesliste der PDS zur Landtagswahl 2006	49 - 50
39		
40		
41	– Bisher bekannte Kandidaturen (Stand: 9. Mai 2005)	51 - 52
42		
43		
44		
45		
46		
47		
48		
49		
50		

Entwurf

## Tagesordnung

### der 1. Tagung des 9. Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt am 18. und 19. Juni 2005 in Wittenberg

51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81  
82  
83  
84  
85  
86  
87  
88  
89  
90  
91  
92  
93  
94  
95  
96  
97  
98  
99

1. Begrüßung
2. Konstituierung des Landesparteitages (Wahl des Arbeitspräsidiums, Bestätigung der Geschäftsordnung, der Tagesordnung, des Zeitplanes und Wahl der Antragskommission und der Mandatsprüfungskommission des Parteitages)
3. Rede der Landesvorsitzenden
4. Berichte des Landesvorstandes, der Landesschiedskommission, der Landesfinanzrevisionskommission und des Landesparteirates (schriftlich)
5. Einbringung des Leitantrages „Zukunft durch Innovation“
6. Aussprache zur Rede der Landesvorsitzenden, zum Leitantrag und zu den Berichten
7. Bestätigung der Berichte und Entlastung des Landesvorstandes, der Landesfinanzrevisionskommission und der Landesschiedskommission
8. Beschlussfassung zum Leitantrag „Zukunft durch Innovation“
9. Bericht der Mandatsprüfungskommission
10. Beschluss der Wahlordnung
11. Wahl der Wahlkommission
12. Wahl der/des Landesvorsitzenden
13. Wahl des/der Landesgeschäftsführers/in
14. Wahl des/der Landesschatzmeisters/in
15. Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden
16. Wahl der weiteren Mitglieder des Landesvorstandes
17. Bericht der Arbeitsgruppe Finanzen, Struktur und Personal und Einbringung des Antrages „Wie weiter mit der PDS im Land Sachsen-Anhalt? – Konzept für eine finanzierbare Struktur bis 2010“

- 100 18. Aussprache zum Antrag „Wie weiter mit der PDS im Land Sachsen-Anhalt? –  
101 Konzept für eine finanzierbare Struktur bis 2010“  
102
- 103 19. Beschlussfassung zum Antrag „Wie weiter mit der PDS im Land Sachsen-Anhalt?  
104 – Konzept für eine finanzierbare Struktur bis 2010“  
105
- 106 20. Beschlussfassung zur Bildung des Regionalverbandes Harz und Änderung der  
107 Landessatzung  
108
- 109 21. Rede des Fraktionsvorsitzenden der Landtagsfraktion  
110
- 111 22. Behandlung des Antrages für die Nominierung eines Kandidaten für das Amt des  
112 Ministerpräsidenten  
113
- 114 23. Bericht der Arbeitsgruppe zur kommunalen Struktur-, Funktional- und  
115 Verwaltungsreform und Einbringung des Antrages „Für eine tiefgreifende  
116 Funktional-, Verwaltungs- und kommunale Strukturreform“  
117
- 118 24. Aussprache zum Antrag „Für eine tiefgreifende Funktional-, Verwaltungs- und  
119 kommunale Strukturreform“  
120
- 121 25. Beschlussfassung zum Antrag „Für eine tiefgreifende Funktional-, Verwaltungs-  
122 und kommunale Strukturreform“  
123
- 124 26. Wahl der Mitglieder der Landesschiedskommission, der Landesfinanzrevisions-  
125 kommission und des Bundesparteirates  
126
- 127 27. Weitere Anträge  
128
- 129 28. Schlusswort der/des neu gewählten Landesvorsitzenden  
130  
131  
132  
133  
134  
135  
136  
137  
138  
139  
140  
141  
142  
143  
144  
145  
146  
147  
148  
149

150  
151  
152  
153  
154  
155  
156  
157  
158  
159  
160  
161  
162  
163  
164  
165  
166  
167  
168  
169  
170  
171  
172  
173  
174  
175  
176  
177  
178  
179  
180  
181  
182  
183  
184  
185  
186  
187  
188  
189  
190  
191  
192  
193  
194  
195  
196  
197  
198

Entwurf

## Zeitplan

### der 1. Tagung des 9. Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt am 18. und 19. Juni 2005 in Wittenberg

#### **Samstag, den 18. Juni 2005**

- 10.00 Uhr Eröffnung des Landesparteitages
- 10.10 Uhr Konstituierung des Landesparteitages
  - Wahl des Arbeitspräsidiums
  - Bestätigung der Geschäftsordnung
  - Bestätigung der Tagesordnung
  - Wahl der Mandatsprüfungskommission
  - Wahl der Antragskommission
- 10.20 Uhr Rede der Landesvorsitzenden
- 11.00 Uhr Einbringung des Leitantrages „Zukunft durch Innovation“
- 11.15 Uhr Aussprache zu der Rede der Landesvorsitzenden, zu den Berichten und zum Leitantrag (Generaldebatte)
- 13.00 Uhr Mittagspause
- 13.45 Uhr Fortsetzung der Generaldebatte
- 14.15 Uhr Bestätigung der Berichte und Entlastung des Landesvorstandes
- 14.25 Uhr Bericht der Mandatsprüfungskommission
- 14.35 Uhr Beschluss der Wahlordnung
- 14.45 Uhr Wahl der Wahlkommission
- 15.00 Uhr Beschlussfassung zum Leitantrag „Zukunft durch Innovation“
- 15.30 Uhr Aufstellung der KandidatInnenliste zur Wahl der/des Landesvorsitzenden
- 16.00 Uhr Wahlgang zur Wahl der/des Landesvorsitzenden
- 16.00 Uhr Pause
- 16.30 Uhr Einbringung des Antrages „Wie weiter mit der PDS im Land Sachsen-Anhalt? – Konzept für eine finanzierbare Struktur bis 2010“
- 16.45 Uhr Bekanntgabe des Wahlergebnisses zur Wahl der/des Landesvorsitzenden
- 16.50 Uhr Aufstellung der KandidatInnen zur Wahl des/der Landesgeschäftsführers/in und Wahl
- 17.10 Uhr Aufstellung der KandidatInnen zur Wahl des/der Landesschatzmeisters/in und Wahl
- 17.30 Uhr Aussprache zum Antrag „Wie weiter mit der PDS im Land Sachsen-Anhalt? – Konzept für eine finanzierbare Struktur bis 2010“
- 17.45 Uhr Aufstellung der KandidatInnen für die stellvertretenden Landesvorsitzenden
- 18.00 Uhr Wahl und Pause
- 18.45 Uhr Fortsetzung der Diskussion zum Antrag „Wie weiter mit der PDS im Land Sachsen-Anhalt? – Konzept für eine finanzierbare Struktur bis 2010“

199	19.30 Uhr	Vorstellung der KandidatInnen für den Landesvorstand (Liste zur Sicherstellung der Mindestquotierung)
200		
201	20.30 Uhr	Beschlussfassung zum Antrag „Wie weiter mit der PDS im Land Sachsen-Anhalt? – Konzept für eine finanzierbare Struktur bis 2010“
202		
203	20.50 Uhr	Beschlussfassung zur Bildung des Regionalverbandes Harz und Änderung der Landessatzung
204		
205	21.00 Uhr	Wahl der Liste zur Sicherstellung der Mindestquotierung
206	21.15 Uhr	Ende des ersten Beratungstages
207		
208		
209	<b>Sonntag, den 19. Juni 2005</b>	
210		
211	09.00 Uhr	Fortsetzung der Beratungen, Bekanntgabe der Wahlergebnisse
212	09.15 Uhr	Vorstellung der KandidatInnen für die gemischte Liste zur Wahl des Landesvorstandes
213		
214	09.55 Uhr	Bericht der Mandatsprüfungskommission
215	10.00 Uhr	Rede des Fraktionsvorsitzenden der Landtagsfraktion
216	10.30 Uhr	Behandlung des Antrages für die Nominierung eines Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten
217		
218	10.40 Uhr	Einbringung des Antrages “Für eine tiefgreifende Funktional-, Verwaltungs- und kommunale Strukturreform“
219		
220	10.55 Uhr	Wahl der gemischten Liste zur Wahl des Landesvorstandes
221	11.10 Uhr	Aussprache zum Antrag “Für eine tiefgreifende Funktional-, Verwaltungs- und kommunale Strukturreform“
222		
223	12.00 Uhr	Mittagspause
224	12.45 Uhr	Aufstellung der KandidatInnen für die Landesschiedskommission, die Landesfinanzrevisionskommission und die Mitglieder des Bundesparteirates sowie Bekanntgabe der Ergebnisse der Wahlgänge
225		
226		
227	13.30 Uhr	Fortsetzung der Aussprache
228	15.00 Uhr	Beschlussfassung zum Antrag “Für eine tiefgreifende Funktional-, Verwaltungs- und kommunale Strukturreform“
229		
230	16.00 Uhr	Behandlung weiterer Anträge
231	17.30 Uhr	Schlusswort der/des neuen Landesvorsitzenden
232		
233		
234		
235		
236		
237		
238		
239		
240		
241		
242		
243		
244		
245		
246		
247		
248		

250  
251  
252  
253  
254

Entwurf

## **Geschäftsordnung**

255  
256  
257  
258  
259

### **des 9. Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt**

260  
261  
262  
263  
264  
265  
266  
267  
268  
269  
270  
271  
272  
273  
274  
275  
276  
277  
278  
279  
280  
281  
282  
283  
284  
285  
286  
287  
288  
289  
290  
291  
292  
293  
294  
295  
296  
297  
298

1. Der Landesparteitag wird durch das von ihm gewählte Arbeitspräsidium geleitet.
2. Alle gewählten Delegierten haben Beschlussrecht, sofern Statut oder Satzung nichts anderes bestimmen. Der Landesparteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der gewählten Delegierten anwesend sind.
3. Der Ablauf des Landesparteitages erfolgt entsprechend der vom Landesparteitag beschlossenen Tagesordnung.
4. Die Wahl des Arbeitspräsidiums und der Kommissionen erfolgt quotiert in offener Abstimmung und getrennt voneinander. Vorschläge können in jeweils einer gemeinsamen Liste eingebracht werden. Wählbar sind alle gewählten Delegierten des Landesparteitages.  
Der Landesparteitag kann zur Unterstützung der Wahlkommission weitere WahlhelferInnen bestätigen, die nicht Delegierte sind.
5. Wortmeldungen sind dem Arbeitspräsidium schriftlich einzureichen. Das Arbeitspräsidium hat das Recht, Gästen des Landesparteitages das Wort zu erteilen. Die Reihenfolge der RednerInnen wird innerhalb der beschlossenen Tagesordnung durch die Reihenfolge der Wortmeldungen und die Quotierung bestimmt. Die Redezeit für DiskussionsrednerInnen beträgt maximal 5 Minuten. Längere Redezeiten sind durch die AntragstellerInnen vor Beginn der Rede zu beantragen und durch den Landesparteitag zu bestätigen. Die Delegierten haben das Recht, Anfragen an die DiskussionsrednerInnen zu stellen. Das Arbeitspräsidium kann die Anzahl der Anfragen an DiskussionsrednerInnen begrenzen.
6. Anträge an den Landesparteitag, die nach Antragsschluss gestellt werden, sind schriftlich einzureichen und erfordern, wenn sie zur Beratung im Plenum kommen sollen, die Unterschrift von mindestens 10 Prozent der Delegierten.  
Zur Begründung selbständiger Anträge erhalten zunächst die AntragstellerInnen das Wort, die Redezeitbegrenzung beträgt 5 Minuten. Es erhält jeweils ein/e Redner/in dafür und ein/e Redner/in dagegen das Wort, die Redezeitbegrenzung beträgt 2 Minuten.  
Der Landesparteitag kann mit einer absoluten Mehrheit der Stimmen der anwesenden Delegierten eine Ausdehnung der Antragsdebatte beschließen.
7. Die Abstimmung über Anträge erfolgt im Komplex mit dem Bericht der Antrags- und Redaktionskommission, falls der Landesparteitag nichts anderes beschließt. Alle Anträge werden nummeriert.

- 299 Anträge an die Kommissionen des Landesparteitages können durch jeden De-  
300 legierten gestellt werden.  
301
- 302 8. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich und außerhalb der Reihenfolge  
303 der eingereichten DiskussionsrednerInnen gestellt werden. Vor der Abstimmung  
304 darüber erhält ein/e Redner/in dafür und ein/e Redner/in dagegen das Wort. Die  
305 Redezeit beträgt für Antragsteller/in sowie Für- und Gegenredner/in jeweils  
306 maximal 2 Minuten. Bei laufender Abstimmung können Anträge zur Geschäfts-  
307 ordnung nicht gestellt werden.  
308
- 309 9. Beschlüsse werden durch den Landesparteitag mit einfacher Stimmenmehrheit  
310 der anwesenden Delegierten gefasst, wenn kein anders lautender Antrag zum  
311 Abstimmungsverfahren gestellt wird und sofern Statut oder Satzung nichts  
312 anderes bestimmen.  
313 Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.  
314 Die Abstimmung erfolgt durch Erheben der Delegiertenkarte.  
315
- 316 10. Auf Antrag kann mit einfacher Mehrheit der Stimmen der delegierten Frauen ein  
317 Frauenplenum des Landesparteitages in offener Abstimmung einberufen werden.  
318 Beschlüsse des Frauenplenums haben Veto-Charakter, sie können nur mit Zwei-  
319 Drittel-Mehrheit aller Delegierten zurückgewiesen werden.  
320 Das Frauenplenum ist Bestandteil der Verhandlungen des Landesparteitages, für  
321 die Tagungsmodalitäten macht das Arbeitspräsidium Vorschläge.  
322
- 323 11. Persönliche Erklärungen der Delegierten können nach Beendigung des jeweili-  
324 gen Tagesordnungspunktes gegeben werden. Die Redezeit beträgt maximal 2  
325 Minuten.  
326
- 327 12. Die Sitzungen des Landesparteitages sind öffentlich. Über die Durchführung  
328 geschlossener Sitzungen beschließt der Landesparteitag auf Antrag mit einer  
329 Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der anwesenden Delegierten.  
330
- 331 13. Grundlage für die Veröffentlichung ist das gesprochene Wort.  
332
- 333 14. Funktelefone sind im Konferenzsaal auszuschalten.  
334
- 335 15. Die Annahme der Geschäftsordnung erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit der  
336 anwesenden Delegierten. Änderungen der beschlossenen Geschäftsordnung  
337 sind mit Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der anwesenden Delegierten möglich.  
338  
339  
340  
341  
342  
343  
344  
345  
346  
347  
348

350

351

352

353

Entwurf

354

355

## Ordnung

356

357 **für die Wahl der/des Landesvorsitzenden, der StellvertreterInnen,**

358 **des/der Landesgeschäftsführers/in, des/der Landesschatzmeisters/in,**

359 **der weiteren Mitglieder des Landesvorstandes,**

360 **der Mitglieder der Landesschiedskommission,**

361 **der Mitglieder der Landesfinanzrevisionskommission**

362 **und der VertreterInnen des Landesverbandes im Bundesparteirat**

363

364

### 1. Allgemeines

366

367 1.1. Die Wahl erfolgt durch den Landesparteitag in geheimer Wahl, getrennt nach  
368 Wahlgängen für die Parteiämter und nach Listenwahl für den Landesvorstand,  
369 die Landesschiedskommission, die Landesfinanzrevisionskommission und die  
370 VertreterInnen des Landesverbandes im Bundesparteirat.

371 Die Art der Parteiämter ist durch die Landessatzung festgelegt.

372

373 1.2. Wahlberechtigt sind die für den 9. Landesparteitag gewählten Delegierten,  
374 deren Mandat durch die Mandatsprüfungskommission geprüft und für ord-  
375 nungsgemäß befunden wurde.

376

377 1.3. Wählbar sind alle Mitglieder des Landesverbandes der PDS für den  
378 Landesvorstand, die Landesschiedskommission und die Landesfinanz-  
379 revisionskommission sowie als VertreterInnen des Landesverbandes im  
380 Bundesparteirat der PDS.

381

382 1.4. Der Landesparteitag wählt in offener Abstimmung aus seiner Mitte die  
383 Wahlkommission. Diese bestimmt ihre/n Vorsitzende/n.

384 Der Landesparteitag kann zur Unterstützung der Wahlkommission weitere  
385 WahlhelferInnen bestätigen, die nicht Delegierte sind.

386

387 1.5. Die endgültige Aufstellung der KandidatInnen für die Wahl in die Parteiämter,  
388 den Landesvorstand, die Landesschiedskommission, die Landesfinanz-  
389 revisionskommission und der VertreterInnen des Landesverbandes im  
390 Bundesparteirat und die Diskussion über die Vorschläge werden vom  
391 Arbeitspräsidium geleitet.

392

393 1.6. Das Arbeitspräsidium informiert den Landesparteitag über die Vorschläge für  
394 die KandidatInnenlisten, die bis zum ersten Beratungstag eingegangen sind.  
395 Weitere Vorschläge für Kandidaturen können von den anwesenden Delegier-  
396 ten und Gästen des Landesparteitages unterbreitet werden.

397



- 398 1.7. Die anwesenden Delegierten und Gäste des Landesparteitages haben das  
399 Recht, Fragen an die vorgeschlagenen KandidatInnen zu richten, Kandida-  
400 turen zu unterstützen und begründete Einwände gegen Kandidaturen vorzu-  
401 bringen.  
402
- 403 1.8. Jede/r Kandidat/in ist verpflichtet, auf an sie/ihn gestellte Fragen offen und  
404 wahrheitsgemäß zu antworten. Die Zustimmung zur Kandidatur muss erklärt  
405 werden. Bei begründeter Abwesenheit erfolgt die Beantwortung von Fragen  
406 soweit wie möglich durch die AntragstellerInnen, die den Vorschlag unter-  
407 breitet haben, die Zustimmung zur Kandidatur muss schriftlich erfolgen.  
408
- 409 1.9. Wird gegen eine Kandidatur kein Antrag auf Streichung gestellt, so ist die/der  
410 Kandidat/in auf die Liste gesetzt. Bei Antrag auf Streichung von der  
411 KandidatInnenliste entscheidet der Landesparteitag in offener Abstimmung mit  
412 einfacher Stimmenmehrheit.  
413
- 414 1.10. Jede/r Delegierte hat das Recht, durch Kreuz den KandidatInnen seiner Wahl  
415 seine/ihre Stimme zu geben. Dabei darf pro Stimmzettel jede/r Kandidat/in  
416 höchstens ein Kreuz haben. Die Anzahl der pro Stimmzettel vergebenen  
417 Stimmen darf die Anzahl der für diesen Wahlgang vorhandenen Plätze nicht  
418 überschreiten. Andernfalls ist der Stimmzettel ungültig.  
419 In jedem Wahlgang ist die Möglichkeit einer Enthaltung vorzusehen.  
420 Ist auf einem Stimmzettel kein Name angekreuzt, so gilt dies als Nein-Stimme.  
421
- 422 1.11. Die Wahlkommission leitet und sichert den ordnungsgemäßen Ablauf der  
423 geheimen Wahl. Sie ermittelt durch öffentliche Auszählung das Wahlergebnis  
424 und gibt es dem Landesparteitag bekannt.  
425
- 426 1.12. Werden Mitglieder der Wahlkommission zur Kandidatur vorgeschlagen und  
427 auf eine Liste gesetzt, so scheiden sie aus der Wahlkommission aus. Der  
428 Landesparteitag kann in diesem Fall Mitglieder in die Wahlkommission  
429 nachwählen.  
430  
431
- 432 **2. Zur Wahl für Parteiämter**  
433
- 434 2.1. In geheimer Abstimmung wählen die Delegierten auf getrennten Listen in  
435 Übereinstimmung mit der Landessatzung  
436 die/den Landesvorsitzende/n  
437 drei stellvertretende Landesvorsitzende (50 % mindestquotiert unter  
438 Berücksichtigung der/des Landesvorsitzenden)  
439 den/die Landesschatzmeister/in  
440 den/die Landesgeschäftsführer/in.  
441
- 442 Die auf diesem Wege gewählten Mitglieder der PDS sind damit zugleich Mit-  
443 glieder des Landesvorstandes.  
444  
445  
446

447 2.2. Ein und dieselbe Wahlfunktion darf nicht länger als 8 Jahre hintereinander von  
448 auf Landesebene in Einzelwahl gewählten Mitgliedern des Landesvorstandes  
449 (Landesvorsitzende/r, Landesschatzmeister/in, Landesgeschäftsführer/in)  
450 ausgeübt werden. Eine abermalige Wahl ist nur dann möglich, wenn  
451 mindestens zwei Drittel der anwesenden stimmberechtigten Delegierten einer  
452 Wiederwahl zugestimmt haben.

453  
454 Zur Feststellung dieses Quorums findet vor dem jeweiligen Wahlgang aber  
455 nach der Vorstellung der/des betreffenden Kandidatin/en eine geheime Ab-  
456 stimmung darüber statt, ob der/die betreffende Kandidat/in auf die KandidatIn-  
457 nenliste gesetzt wird. Vor dieser Abstimmung sind zwei Für- und zwei Gegen-  
458 reden zum Setzen auf die KandidatInnenliste möglich. Wird das erforderliche  
459 Quorum von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erreicht, wird der/die  
460 Kandidat/in gleichberechtigt auf die KandidatInnenliste gesetzt. Wird dies  
461 nicht erreicht, so ist der/die Kandidat/in nicht auf die KandidatInnenliste  
462 gesetzt. Bei den Wahlgängen gelten für sie/ihn die gleichen Grundsätze wie  
463 bei allen anderen KandidatInnen.

464  
465 2.3. Die/der Landesvorsitzende, die drei stellvertretenden Landesvorsitzenden,  
466 der/die Landesgeschäftsführer/in und der/die Landesschatzmeister/in gelten  
467 als gewählt, wenn sie die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stim-  
468 men auf sich vereinen. Werden hierdurch in einem Wahlgang nicht alle zu be-  
469 setzenden Plätze vergeben, so ist folgendermaßen zu verfahren: Gibt es mehr  
470 nicht platzierte KandidatInnen als noch zu besetzende Plätze, so ist ein neuer  
471 Wahlgang mit den (n+1) im vorherigen Wahlgang nicht platzierten KandidatIn-  
472 nen durchzuführen, die die meisten Stimmen erhielten (n=Anzahl der noch zu  
473 besetzenden Plätze). Es gilt wieder die absolute Mehrheit der abgegebenen  
474 gültigen Stimmen. Führt dies zu keinem Ergebnis, wird die Wahl abgebrochen.  
475 Gibt es genauso viele nicht platzierte KandidatInnen wie zu vergebende Plät-  
476 ze, wird ein erneuter Wahlgang mit diesen KandidatInnen durchgeführt. Auch  
477 hier gilt die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, wird diese  
478 nicht erreicht, wird die Wahl abgebrochen.  
479 Bei Abbruch der Wahl beschließt der Landesparteitag über die weitere Verfah-  
480 rensweise.

### 481 482 483 **3. Zur Wahl des Landesvorstandes, der Landesschiedskommission und der** 484 **Landesfinanzrevisionskommission**

485  
486 3.1. Der Landesparteitag entscheidet in offener Abstimmung in Übereinstimmung  
487 mit dem Statut und der Landessatzung über die Anzahl der Mitglieder der je-  
488 weiligen Gremien und Organe.

489  
490 3.2. In geheimer Abstimmung wählen die Delegierten die Mitglieder der Gremien  
491 und Organe auf getrennten Listen. Bei den zu wählenden Gremien und Orga-  
492 nen ist durch Wahl auf getrennten Listen eine 50%ige Mindestquotierung der  
493 Frauen zu sichern. Dazu findet ein erster Wahlgang ausschließlich für Kandi-  
494 datinnen statt. In einem zweiten Wahlgang werden die restlichen Kandidatin-  
495 nen und Kandidaten gewählt. Dabei sind die bereits gewählten Parteiämter zu  
496 berücksichtigen.

497  
498 3.3. Als gewählt gelten die KandidatInnen der jeweiligen Liste, die die meisten  
499 Stimmen erhalten haben.

500  
501

#### 502 **4. Zur Wahl der Mitglieder des Bundesparteirates der PDS**

503

504 4.1. Die Wahl der Mitglieder des Bundesparteirates erfolgt geheim unter Berücksichtigung  
505 des Statuts der PDS, Punkt Parteirat, Abschnitt 24, 28 und 30.

506

507 4.2. Der Landesverband der PDS entsendet 4 Mitglieder unter Berücksichtigung  
508 der 50%igen Mindestquotierung von Frauen.

509

510 4.3. Im ersten Wahlgang erfolgt die Abstimmung zur Frauenliste. Auf dem Wahlschein  
511 stehen die Namen der Kandidatinnen in alphabetischer Reihenfolge.  
512 Auf dem Wahlschein dürfen maximal zwei KandidatInnen gewählt werden  
513 Gewählt sind die zwei Kandidatinnen, die die meisten Stimmen erhalten  
514 haben, mindestens jedoch die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen  
515 (50% plus 1 Stimme).

516 Erreicht keine der Kandidatinnen die erforderliche Stimmenzahl, so erfolgt  
517 eine Stichwahl zwischen den drei bestplatzierten Kandidatinnen, gewählt sind  
518 die beiden, die die meisten Stimmen erhalten. Erreicht nur eine Kandidatin die  
519 erforderliche Stimmenzahl, so findet zwischen den beiden nachfolgenden  
520 Kandidatinnen eine Stichwahl statt, gewählt ist die Kandidatin mit den meisten  
521 Stimmen.

522

523 4.4. Im darauf folgenden Wahlgang werden die restlichen zwei Mandate vergeben.  
524 Auf dem Wahlschein stehen die Namen der Kandidaten und der  
525 Kandidatinnen, die im Wahlgang zur Frauenliste nicht die erforderliche  
526 Stimmenzahl erhalten haben, sofern die betreffenden Kandidatinnen dies  
527 wünschen. Auf dem Wahlschein dürfen maximal zwei KandidatInnen gewählt  
528 werden. Erreicht keine der KandidatInnen die erforderliche Stimmenzahl, so  
529 erfolgt eine Stichwahl zwischen den drei bestplatzierten KandidatInnen,  
530 gewählt sind die beiden, die die meisten Stimmen erhalten. Erreicht nur eine/r  
531 der KandidatInnen die erforderliche Stimmenzahl, so findet zwischen den  
532 beiden nachfolgenden KandidatInnen eine Stichwahl statt, gewählt ist, wer die  
533 meisten Stimmen erhält.

534

535

536 Die Annahme der Wahlordnung erfolgt mit absoluter Mehrheit der Stimmen der  
537 anwesenden Delegierten, für Änderungen der beschlossenen Wahlordnung ist eine  
538 Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich.

539

540

541

542

543

544

545

546

548  
549  
550**Bericht des Landesvorstandes der PDS Sachsen-Anhalt**551  
552  
553  
554  
555  
556  
557**an die 1. Tagung des 9. Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt  
am 18. und 19. Juni 2005 in Wittenberg****Inhaltliche Schwerpunkte der Arbeit des Landesvorstandes**558  
559

560 Erster Schwerpunkt des neugewählten Landesvorstandes nach der 1. Tagung des 8.  
561 Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt war die Umsetzung des Leitantrages  
562 „Wir in den Kommunen – wir in Europa“. Das bereits bestehende Landeswahlbüro  
563 führte im Auftrag des Landesvorstandes die konzeptionelle und organisatorische  
564 Vorbereitung der Europa- und Kommunalwahl im Juni 2004 fort. Im August 2003  
565 berief der Landesvorstand eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit der Landtagsfraktion  
566 zur Vorbereitung eines inhaltlichen Rahmens der Kommunalwahlprogramme. Auf der  
567 Kommunalpolitischen Konferenz im Dezember 2003 wurden Eckwerte für die  
568 Schwerpunkte kommunaler Wahlprogramme vereinbart.

569 Die organisatorische Führung der Wahlkämpfe lag in der Hand des Landeswahlbüros  
570 und wurde regelmäßig im Landesvorstand behandelt.

571 Das ausgezeichnete Ergebnis der PDS Sachsen-Anhalt sowohl bei der Kommunal-  
572 wahl als auch bei der Europawahl ist den gemeinsamen Anstrengungen des  
573 gesamten Landesverbandes zu verdanken. Eine Analyse der Ergebnisse wurde auf  
574 der 2. Tagung des 8. Landesparteitages im September 2004 in Leuna vorgelegt.

575

576 Im September 2004 wurde das Landeswahlbüro für die Landtags- und Bundes-  
577 tagswahl 2006 neu berufen. Erste Ansätze für eine Wahlstrategie und eine inhaltliche  
578 Orientierung für die Wahlkämpfe wurden auf der gemeinsamen Klausurtagung von  
579 Landesvorstand und Landtagsfraktion im Januar 2005 in Freyburg diskutiert und mit  
580 der „Freyburger Erklärung“ veröffentlicht. Die vom Landeswahlbüro erarbeitete  
581 Wahlstrategie wurde nach ausführlicher Diskussion, auch mit den Kreisvorsitzenden,  
582 im Landesvorstand Ende März 2005 beschlossen.

583

584 Bereits frühzeitig orientierte der Landesvorstand auf die inhaltliche Vorbereitung der  
585 Wahlkämpfe 2006. Die öffentliche Debatte über die Zukunftsfähigkeit des Landes  
586 Sachsen-Anhalt wurde aufgenommen. Durch eine gemeinsame Arbeitsgruppe von  
587 Landesvorstand und Landtagsfraktion wurde für die 2. Tagung des 8. Landespartei-  
588 tages der Leitantrag „Streitbar für Veränderung“ vorbereitet. Damit wurde eine  
589 Weichenstellung für die politischen Grundpositionen und den inhaltlichen Anspruch  
590 des Landesverbandes für die Landtagswahl 2006 vorgenommen. Die vom Parteitag  
591 beschlossene inhaltliche Debatte in den Kreisverbänden wurde durch den Landes-  
592 vorstand angeschoben, war aber nicht immer von Erfolg gekrönt.

593

594 Der Landesverband der PDS beteiligte sich aktiv, teilweise auch federführend an den  
595 Protesten gegen „Hartz IV“ im Sommer und Herbst 2004.

596

597 Ein wesentlicher Schwerpunkt im Herbst des Jahres 2004 war die Vorbereitung des  
598 Volksentscheides „Für die Zukunft unserer Kinder“ im Januar 2005. Die Koordination  
599 lag bei einer ad-hoc-Gruppe, in der Landesvorstandsmitglieder mitarbeiteten. Die  
600 Zusammenarbeit mit dem Bündnis für ein „Kinder- und jugendfreundliches Sachsen-  
601 Anhalt“ gestaltete sich nicht immer einfach, kann aber insgesamt als erfolgreich  
602 eingeschätzt werden. In einer Reihe von Kreisen war die PDS treibende Kraft beim  
603 Werben für den Volksentscheid. In Auswertung des Scheiterns des Volksentscheides  
604 wurde durch den Landesvorstand eingeschätzt, dass es nicht ausreichend gelungen  
605 ist, das politische Anliegen gegen den Mainstream einer formalen Finanzierungs-  
606 diskussion deutlich zu machen.

607

608

### 609 **Thematische Diskussionen im Landesvorstand**

610

611 Die öffentliche Debatte um eine Kreisgebietsreform in Sachsen-Anhalt wurde auf  
612 Vorschlag der Landtagsfraktion durch den Landesvorstand im Frühjahr 2004 wieder  
613 aufgenommen. Die Position der PDS wurde ausführlich sowohl im Vorstand und mit  
614 den Kreisvorsitzenden diskutiert. Nach einer relativen Ruhe während und nach der  
615 Kommunalwahl wurde beginnend im Herbst 2004 eine gemeinsame Position von  
616 Landtagsfraktion, Landesvorstand und Kreisvorsitzenden erarbeitet. Durch eine  
617 gemeinsame Arbeitsgruppe wurde ein entsprechender Leitantrag für die 1. Tagung  
618 des 9. Landesparteitages vorbereitet.

619

620 Breiten Raum nahm im Frühjahr 2004 die Diskussion um die Grüne Gentechnologie  
621 ein. Nach zwei Verständigungen im Landesvorstand wurde ein politischer Stand-  
622 punkt durch ihn im Sommer 2004 verabschiedet.

623

624 Die Arbeit der Expertenkommission in Vorbereitung des Landeswahlprogrammes für  
625 2006 wurde durch den Vorstand begleitet. Bereits im Sommer 2004 zeigte sich, dass  
626 die ursprünglichen Erwartungen nicht realisierbar waren. Daher wurde die Experten-  
627 kommission gebeten, die vorhandenen Ansätze zu einer Reihe grundsätzlicher  
628 Fragestellungen zusammenzufassen, diese wurden von ihr für die weitere inhaltliche  
629 Arbeit des Landesverbandes zu Verfügung gestellt. Teilergebnisse sind u.a. in den  
630 Leitantrag für den Leunaer Parteitag und die „Freyburger Erklärung“ eingeflossen.  
631 Mit dem Dank für die aktive Mitarbeit einer Reihe der berufenen Mitglieder wurde die  
632 Arbeit im März 2005 beendet.

633

634 Weitere inhaltliche Diskussionen fanden im Landesvorstand zu folgenden Themen  
635 statt:

636 ⇒ Zukunft der Jugendstrukturen der PDS in Sachsen-Anhalt

637 ⇒ zum Strategiepapier des Parteivorstandes

638 ⇒ Standpunktbildung zur Statutenänderung (einschließlich Diskussion in den  
639 Regionen)

640 ⇒ „Zukunft der ländlichen Räume“ (hier steht eine weiterführende Diskussion noch  
641 aus.)

642 ⇒ Bildungspolitik: Pisa-Studie; „Schritte des Übergangs zu einer Schule für alle  
643 Kinder“

644 ⇒ Diskussion zur Europäischen Verfassung und Gründung Europäische Linkspartei

645 ⇒ Studiengebühren

646 ⇒ Diskussion Niedriglohn/Tarifverträge

- 647 ⇒ Extremismusdebatte  
648 ⇒ Zu Problemen der Berufsausbildung und zum Berufsbildungsgesetz

649  
650

## 651 **Ständige Schwerpunkte des Landesvorstandes**

652

### 653 Politische Bildung

- 654 – Programmdiskussion in Vorbereitung Bundesparteitag, u.a. Basiskonferenz am
- 655 20. September 2003
- 656 – Schwerpunkte der Politischen Bildung 2004 und 2005
- 657 – Neue Zusammensetzung der Kommission Politische Bildung
- 658 – Politische Jugendbildung (Analysen und Projekte)
- 659 – Politische Bildungstage in Bernburg 2003 und 2004
- 660 – Veranstaltung zum 60. Jahrestag der Befreiung

661

### 662 Öffentlichkeitsarbeit

- 663 – Fortschreibung und Qualifizierung des Kommunikationskonzeptes des PDS-
- 664 Landesverbandes Sachsen-Anhalt
- 665 – Berufung des Büros für Öffentlichkeitsarbeit
- 666 – Berufung des Pressesprechers des Landesvorstandes
- 667 – Beschluss zur Präsentation der PDS Sachsen-Anhalt vom Dezember 2004 und
- 668 Untersetzung vom Februar 2005
- 669 – Einschätzung der Arbeit mit dem „klartext“ 2003 und 2004
- 670 – Berufung einer neuen Chefredakteurin des „klartext“ ab 2005

671

### 672 Unterstützung von Aktionen und Veranstaltungen

- 673 – Aktionstag gegen Sozialabbau am 2. April 2004
- 674 – Antikriegstag am 20. März 2004
- 675 – Ostermärsche 2004 und 2005
- 676 – „Lieder gegen das Vergessen“ in Dessau 2003 und 2004
- 677 – Vorbereitung der Landtagswahl in NRW im Frühjahr 2005

678

679 Ständiger Arbeitsschwerpunkt des Landesvorstandes war die Begleitung von  
680 notwendigen Entscheidungen der Landtagsfraktion. Dazu zählten neben den bisher  
681 erwähnten Fragen u.a. die Position zum Doppelhaushalt, Verlängerung der  
682 Legislatur in Verbindung mit der Entscheidung zu mehr direkter Demokratie.

683

684

## 685 **Parteireform, Strukturen und Finanzen**

686

687 Ausgehend von dem Leitantrag „Aufgaben der Parteireform für den PDS-Landes-

688 verband Sachsen-Anhalt“ auf der 1. Tagung des 8. Landesparteitages wurden durch

689 den Landesvorstand in enger Zusammenarbeit mit den von ihm berufenen Gremien

690 (Landesarbeitsausschuss Parteireform, Arbeitsgruppe zur weiteren Entwicklung von

691 Strukturen und Finanzen) sowie dem Landesfinanzrat notwendige Entscheidungen

692 zur künftigen Parteientwicklung vorbereitet.

693 Schwerpunkte dabei waren:

- 694 – die Analyse der Mitgliederentwicklung und Projekte zur Gewinnung von neuen
- 695 Mitgliedern
- 696 – die Mitgliederarbeit, u.a. Neumitgliedertreffen

697 — die aktive Beteiligung am Forum Parteireform in Leipzig im September 2003  
698 — das Forum Parteireform im April 2005 in Magdeburg  
699 — die Zusammenarbeit mit landesweiten Zusammenschlüssen (Erarbeitung und  
700 Beschluss einer diesbezüglichen Ordnung auf Landesebene nach Beratung mit  
701 den Arbeitsgemeinschaften und der KPF)  
702 — die Analyse der flächendeckenden Präsentation des Landesverbandes durch  
703 Bürgerbüros der Mandatsträger und Geschäftsstellen  
704 — Aufgabenbeschreibung und Arbeitsordnung der Landesgeschäftsstelle.  
705  
706 Eine ausführliche Verständigung zur Arbeitsweise des Landesvorstandes und zur  
707 Möglichkeit ehrenamtlicher Vorstandsarbeit fand im Oktober 2004 statt.  
708  
709 Nach wie vor hat sich die Festlegung von regionalen Zuständigkeiten der einzelnen  
710 Landesvorstandsmitglieder unabhängig ihrer eigenen regionalen Einbindung  
711 bewährt. Die Beteiligung von Landesvorstandsmitgliedern an Veranstaltungen in den  
712 Kreisen und Regionen hat aus unserer Sicht zu einer engeren Zusammenarbeit  
713 geführt.  
714 Auch ist es uns jetzt gelungen, die „Sofortinformation“ (bis auf ganz wenige  
715 Ausnahmen) als ständiges Instrument der Kommunikation umzusetzen.  
716  
717 Durch den Landesvorstand wurden nach ausführlicher Diskussion, auch mit den  
718 Kreisvorsitzenden und dem Landesfinanzrat, die Jahresfinanzpläne und die  
719 Rechenschaftsberichte beschlossen.  
720  
721 Durch den Landesvorstand wurde die gemeinsame Verantwortung aller Länder und  
722 des Bundesvorstandes für die zukünftige Entwicklung der PDS eingefordert und  
723 durch eine aktive Beteiligung an der Diskussion um ein Struktur- und Personal-  
724 konzept der Gesamtpartei umgesetzt.  
725  
726 Um den Prozess der notwendigen strukturellen Entwicklung zu beschleunigen und  
727 effektive Vorschläge für die künftige Finanzierbarkeit des Landesverbandes zu  
728 erarbeiten, wurde durch den Landesvorstand eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus  
729 Vorstandsmitgliedern und Kreisvorsitzenden berufen. Die Ergebnisse dieser  
730 Arbeitsgruppe fließen in den Antrag „Wie weiter mit der PDS im Land Sachsen-  
731 Anhalt?“ für die 1. Tagung des 9. Landesparteitages ein.  
732  
733  
734  
735  
736  
737  
738  
739  
740  
741  
742  
743  
744  
745  
746

748

749

750

## **Bericht des Landesparteirates**

752

### **an die 1. Tagung des 9. Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt am 18. und 19. Juni 2005 in Wittenberg**

753

754

755

756

757 Der Bericht bezieht sich auf den Zeitraum Juni 2003 bis April 2005.

758

759 Der Landesparteirat (LPR) hat auf der Grundlage der Satzung des PDS-Landes-  
760 verbandes Sachsen-Anhalt und seiner Arbeitsordnung seine Handlungsfähigkeit und  
761 damit seine Aktivitäten weiter verbessert. Die Beschlussfähigkeit war bei 11 von 12  
762 regulären Zusammenkünften gegeben. Der Beginn der Wahlperiode 2004/2005  
763 gestaltete sich insofern problematisch, weil bis zur 1. Beratung am 24.01.2004 nur 16  
764 von 36 möglichen LPR-Mitgliedern neu benannt waren, obwohl die 7 AG/IG + 24  
765 SV/KV+ 1 LTF bereits Anfang November 2003 zu einer Neuwahl ihrer LPR-Mitglieder  
766 aufgefordert wurden. Aus diesem Grund wurde einvernehmlich die Neuwahl der  
767 SprecherInnen des LPR auf die nächste Beratung im März 2004 verschoben. Dem  
768 LPR gehören zur Zeit 29 von den Vertretungsberechtigten bestätigte stimmbe-  
769 rechtigte Mitglieder an, davon sind 6 weiblich und 23 männlich. Eine Quotierung  
770 konnte auch für die 4 gewählten SprecherInnen (Karin Rührdanz, Günter Herder,  
771 Hans Gödicke, Wolfram Altekrüger) nicht erreicht werden.

772 Folgende Vertretungsberechtigte haben für die Wahlperiode 2004/2005 kein Mitglied  
773 für den LPR gewählt bzw. benannt: KV Merseburg-Querfurt, KV Stendal, AG  
774 Behindertenpolitik, AG Junge GenossInnen, FAG LISA, AG Sportpolitik, Kommu-  
775 nistische Plattform.

776 Für die Wahlperiode 2006/2007 sind erneut aller LPR-Mitglieder bis Dezember 2005  
777 neu zu wählen.

778

779 Neben der Vorbereitung und Auswertung von Landes- und Bundesparteitagen  
780 befasste sich der LPR u.a. mit folgenden Themen:

781 \* Diskussion und Bestätigung von Landesfinanzplänen und Jahresabschlüssen

782 Finanzpläne und Jahresabschlüsse wurden vom LPR jeweils bestätigt.  
783 Weitgehende Einigkeit besteht u.a. darin, dass die seit 2003 rückläufige  
784 Einnahmesituation zunehmende Sparmaßnahmen erfordert, dass dabei die  
785 KV-Umlagen eine Mindestfinanzierung politischer Basisarbeit ermöglichen  
786 müssen und dass deren Abführung eine verlässliche Einnahmequelle für den  
787 Landesverband darstellen muss.

788 \* Diskussionen zum Entwurf des neuen Parteiprogramms

789 Zu spezifischen programmatischen Aussagen für ältere Menschen  
790 (SeniorInnen)

791 Welche Aussagen spiegeln Interessenslagen junger Menschen wider?

792 \* Thesen und Entwurf zur Statutenänderung

793 Umfrageergebnis wurde an Bundesvorstand und Bundesparteirat weiter-  
794 geleitet.

795

796



797 \* SeniorInnenarbeit im PDS-Landesverband  
798 Im Ergebnis der Diskussion mit dem Vorsitzenden des Landesverbandes der  
799 Volkssolidarität und dem Vorsitzenden der Landes-AG SeniorInnen wurden  
800 Defizite festgestellt und dem Landesvorstand entsprechende Empfehlungen  
801 zur Verbesserung der SeniorInnenarbeit im Landesverband unterbreitet, die  
802 jedoch sowohl zeitlich als auch inhaltlich nur unzureichend umgesetzt wurden.

803 \* Jugendarbeit im PDS-Landesverband  
804 Im Ergebnis der Diskussion mit Funktionsträgern der Jugendarbeit und  
805 Vertretern von PDS-nahen Jugendgruppen wurden Schlussfolgerungen für die  
806 weitere Jugendarbeit im PDS-Landesverband gezogen, die jedoch nicht  
807 flächendeckend Verbreitung und Beachtung fanden.

808 \* PDS-Kommunalpolitik in Landkreisen, Städten und Gemeinden  
809 Als Verbesserungsbedürftig wurde insbesondere die Zusammenarbeit  
810 zwischen Gemeinderats-, Stadtrats- und Kreistagsfraktionen sowie mit Einzel-  
811 kämpfern und nicht gewählten KandidatInnen und Vorständen eingeschätzt.  
812 Angebote der Landtagsfraktion, des Kommunalpolitischen Forums, der Rosa-  
813 Luxemburg Stiftung, des Bildungsvereins Elbe-Saale u.a. werden noch zu  
814 wenig genutzt. Bei fehlender Personalunion zwischen Gremien treten noch  
815 immer zu große Informationsdefizite auf.

816 \* Parteireform und Regionalarbeit  
817 Der LPR ist mit 3 Mitgliedern im Landesarbeitsausschuss Parteireform  
818 vertreten.  
819 Das Problembewusstsein für diesen Bereich muss durch Erarbeitung und  
820 Verbreitung von Analyse- und Prognoseinformationen geschärft werden.  
821 Erkenntnisse müssen schneller und konsequenter in praktikierbare Schluss-  
822 folgerungen münden.  
823 Die regionale Kooperation ist sehr unterschiedlich ausgeprägt. Regional-  
824 mitarbeiter, Vorstände und Fraktionen müssen gemeinsame Vorhaben suchen  
825 und miteinander kommunizieren. Was hält uns davon ab, PDS-Strukturen im  
826 Land schneller und zukunftsweisender zu reformieren, als dies die bevor-  
827 stehende Kreisgebietsreform mit sich bringen wird? Als Alternative und  
828 Ergänzung zu den Kreis- und Stadtverbänden sollte der Regionalverband  
829 Satzungsbestandteil werden.

830 \* Kommunal- und Europawahlkampf  
831 Mit Vertretern des Landeswahlbüros wurden Stand, Probleme und Aufgaben  
832 zur Vorbereitung und Durchführung der Wahlkämpfe diskutiert.

833  
834 Informative Schwerpunktthemen waren u.a. auch:  
835 \* Mitgliedergewinnung  
836 \* Internationale Beziehungen  
837 \* Stand und Probleme der Gebiets- und Verwaltungsreform in Sachsen-Anhalt  
838 \* Vorbereitung und Auswertung Volksentscheid zum Kinderbetreuungsgesetz  
839 \* Ergebnisse der Klausurberatungen von Landesvorstand und Landtagsfraktion

840  
841 Diese und weitere Beratungsergebnisse sind mit nicht nur mehrheitsfähigen LPR-  
842 Auffassungen und Meinungen, sondern bewusst auch mit zum Teil widersprüchlicher  
843 Spannbreite der Diskussionsinhalte protokollarisch dokumentiert.  
844 Bis zum Jahresende wird sich der LPR noch mit der Wahlstrategie, der Öffentlich-  
845 keitsarbeit und der Diskussion des Landeswahlprogrammentwurfes befassen.

847 Die angestrebte Präsenz des LPR auf der Homepage des PDS-Landesverbandes  
848 konnte noch nicht realisiert werden.

849 Eine engere Anbindung an das Geschehen im Bundesparteirat (BPR) konnte durch  
850 die auf der 1. Tagung des 8. Landesparteitages erfolgte Wahl von 2 LPR-Mitgliedern  
851 in den BPR erreicht werden. Die Erwartung an den BPR zur Organisation, Durch-  
852 führung und Unterstützung von Erfahrungsaustauschen zwischen Landesparteiräten  
853 wurde trotz Aufforderung noch nicht erfüllt.

854

855 gez. von den SprecherInnen des LPR

856 Günter Herder, Karin Rührdanz,

857 Hans Gödicke, Wolfram Altekrüger

858

859

860

861

862

863

864

865

866

867

868

869

870

871

872

873

874

875

876

877

878

879

880

881

882

883

884

885

886

887

888

889

890

891

892

893

894

895

896

897 Landesschiedskommission

898

899

900

## **Bericht der Landesschiedskommission**

901

902

### **an die 1. Tagung des 9. Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt am 18. und 19. Juni 2005 in Wittenberg**

903

904

905

906 Auf dem 8. Landesparteitag wurden folgende Mitglieder in die Landesschieds-  
907 kommission gewählt:

908

Genn. Barbara Bester

909

Genn. Christine Paschke

910

Gen. Dietrich Altmann

911

Gen. Wolf-Rüdiger Gerboth

912

Da keine weiteren Kandidaturen vorlagen, wurde auf dem Parteitag festgelegt, bei  
913 Bedarf eine Nachwahl durchzuführen. Als Vorsitzender der Schiedskommission  
914 wurde Dietrich Altmann gewählt.

915

916 Die Mitglieder der Landesschiedskommission unterstützten auch in dieser ablaufen-  
917 den Wahlperiode die Arbeit des Landesverbandes in ihren jeweiligen Basisorga-  
918 nisationen und Kreisverbänden durch ihr aktives Auftreten und ihre Positionierung  
919 zu aktuellen politischen Fragen.

920

921 Im Jahr 2004 gab es eine Anfrage an die Landesschiedskommission bezüglich des  
922 Vorhandenseins von Unterlagen eines 1990/91 in Quedlinburg durchgeführten  
923 Rehabilitationsverfahrens. Leider sind jedoch weder in den Unterlagen der Landes-  
924 schiedskommission noch im Archiv des Landesvorstandes dazu entsprechende  
925 Protokolle oder Beschlussunterlagen vorhanden.

926

927 Ende Februar 2005 wurde der Antrag auf Durchführung eines Parteiausschluss-  
928 verfahrens im Bereich des Kreisverbandes Burgenlandkreis an die Landesschieds-  
929 kommission gerichtet. Hauptgegenstand sind dabei schwerwiegende Differenzen  
930 zwischen der Fraktion der PDS im Zeitzer Stadtrat, dem Kreisvorstand der PDS und  
931 dem betreffenden Genossen zum Thema der Abwasserwirtschaft und deren  
932 Austragung über Leserbriefe in der örtlichen Presse. In einem informativen Gespräch  
933 von Mitgliedern der Schiedskommission (D. Altmann und W.-R. Gerboth) mit den  
934 Vertretern der Fraktion, der Basisorganisation und dem betreffenden Genossen  
935 wurde am 07. April 2005 zunächst ein Vorschlag über den Versuch einer weiteren  
936 Zusammenarbeit beraten.

937

Damit soll versucht werden, über einen sachlichen Dialog die bestehenden  
938 Differenzen weiter abzubauen und in Zukunft vielleicht doch wieder zu einem  
939 vernünftigen Umgang miteinander zu finden. Die Schiedskommission will dabei ein  
940 konstruktiver Begleiter sein.

941

942 Weitere Anträge an die Landesschiedskommission gab es in der ablaufenden Wahl-  
943 periode nicht.

944

945 gez. Dietrich Altmann

946 Vorsitzender der Landesschiedskommission

947 Landesfinanzrevisionskommission  
948  
949  
950

## **Bericht der Landesfinanzrevisionskommission**

### **an die 1. Tagung des 9. Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt am 18. und 19. Juni 2005 in Wittenberg**

955  
956

957 Die auf dem 8. Landesparteitag (21./22. Juni 2004) gewählten Mitglieder arbeiteten  
958 bis Dezember 2004 gemeinsam in der Landesfinanzrevisionskommission (LFRK).  
959 Leider sind im Dezember 2004 und im Frühjahr 2005 zwei Mitglieder ausgeschieden.  
960 (Gründe: unüberwindbare Differenzen im Kreisverband und Altersgründe)  
961 Gegenwärtig gehören noch 3 Mitglieder der Kommission an: Karin Müller, Ingrid  
962 Giesel und Udo Riedel.  
963 Genannte Mitglieder stehen für die weitere Mitarbeit zur Verfügung.

964

965 Um jedoch effektiv arbeiten zu können, ist die Mitgliederzahl zu gering. Bereits auf  
966 dem 8. Landesparteitag wurde empfohlen, die Funktionsfähigkeit der LFRK durch 7  
967 Mitglieder zu sichern. Leider wurde dieses Ziel nicht erreicht.

968

969 Empfehlung: Die Arbeit der LFRK könnte künftig mit 5 Mitgliedern effektiv abgedeckt  
970 werden. Von größter Bedeutung ist die Mobilität. Fast alle Kontrollen fanden und  
971 finden gegenwärtig in der Magdeburger Geschäftsstelle des Landesvorstandes statt.  
972 Auswärtige Kontrollen gestalten sich durch die geringe Zahl der Mitglieder und die  
973 schlechte Mobilität äußerst schwierig.

974

975

#### **1. Schwerpunkte der geleisteten Arbeit**

977

978 — 3 Revisionen beim Landesverband (24.03.2004, 16.06.2004, 16.03.2005)  
979 Kontrollschwerpunkte: Jahresabschluss, Prüfung der Abrechnungsunterlagen  
980 einzelner Kreisverbände

981

982 — 1 Direktprüfung im Kreisverband Bitterfeld am 12.05.2004  
983 Kontrollschwerpunkte: Ordnung und Sicherheit, Belegwesen, Auswertung  
984 Sitzung des Landesfinanzrates und Umsetzung in Bitterfeld

985

986 — Teilnahme an den Sitzungen des Landesfinanzrates 2004 und 2005 (zuletzt am  
987 16.04.2005)

988

989 — Teilnahme an der Regionalberatung Finanzen am 22.04.2005 in Schönebeck

990

991

#### **2. Ergebnisse und Schlussfolgerungen**

993

994 Ein wachsendes Problem ist der zunehmende Mitgliederschwund (per 13.12.2004 –  
995 6434 Mitglieder) und die damit verbundenen Verluste bei den Beitragseinnahmen.  
996 Die Kreise haben ihre geschätzten Plangrößen nicht erreicht, so dass ein Beitrags-

997 rückgang im Vergleich zum Jahr 2003 von 40.000 Euro zu verzeichnen ist.  
998 Wichtigstes Ziel muss die Gewinnung von Neumitgliedern und die Steigerung der  
999 Mitgliedsbeiträge sein. Schwerpunkt ist hier wiederum die weitere Reduzierung der  
1000 Handkassierung, die die größten Ausfälle zu verzeichnen hat.

1001  
1002 Auch bei den Beiträgen im Lastschriftverfahren gibt es Verluste, die im Verhältnis zu  
1003 den rückläufigen Mitgliedern höher sind als bei der Handkassierung. Das resultiert  
1004 aber aus den höheren Beitragsdurchschnitten im Bankeinzug.

1005  
1006 Die Prüfung der Finanzunterlagen ergab eine positive Spendenentwicklung und ein  
1007 Plus bei den Mandatsträgerbeiträgen.

1008  
1009 Die im laufenden Geschäftsbetrieb eingesparten Kosten sind noch zu gering (LV = 6  
1010 %, KV = 4 %). Die Kreisgeschäftsstellen stehen auf dem Prüfstand und können wie  
1011 bisher nicht mehr finanziert werden. Bis auf wenige Ausnahmen haben die meisten  
1012 Kreise mit einem Defizit gearbeitet und 13 Kreise haben gegenüber dem  
1013 Landesvorstand noch Verbindlichkeiten.

1014 Trotz höherer Spendeneinnahmen und der Verwendung des Kommunalwahlfonds  
1015 bei der Finanzierung der Kommunalwahlen übersteigen die Ausgaben die  
1016 Einnahmen.

1017 Um die Liquidität des Landesverbandes zukünftig zu sichern, müssen konsequent  
1018 die Kosten in allen Bereichen gesenkt werden. Jeder einzelne Kreisverband muss  
1019 prüfen, wo noch Reserven liegen. Das wird unsere politische Arbeit in Zukunft sicher  
1020 nicht leichter machen, aber nur so kann unsere Existenz gesichert werden.

1021 Erstmals weist die Einnahmen-Ausgaben-Rechnung für den Landesverband einen  
1022 Verlust von 40.000 Euro aus.

1023  
1024 Die von der Landesschatzmeisterin auf der Sitzung des Landesfinanzrates am  
1025 16.04.2005 unterbreiteten Vorschläge zur Abrechnung der Umlage, der Rücklagen-  
1026 bildung und des Rahmenvertrages der Telekom finden durch die Landesfinanz-  
1027 revisionskommission volle Zustimmung.

1028  
1029 Der Landesvorstand leistet in der Problematik Kosteneinsparung vorbildliche Arbeit.  
1030 Gerade die verschuldeten Kreisverbände sollten sich daran orientieren und eigene  
1031 Maßnahmepläne zur weiteren Einsparung von Kosten erarbeiten.

1032  
1033 Die Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen des Landesvorstandes werten wir als  
1034 sehr positiv. Wir wurden stets sachorientiert unterstützt. Besonders hervorzuheben  
1035 ist die hohe Bereitschaft, Probleme offen darzulegen und nach gemeinsamen  
1036 Lösungswegen zu suchen.

1037 Die Richtlinien für die Buchführung und Rechenschaftslegung wurden ordnungs-  
1038 gemäß umgesetzt, gleiches gilt für die meisten Kreisverbände. Vereinzelt fehlten  
1039 Unterschriften und es sollte konsequenter geprüft werden, ob jede vorgelegte  
1040 Rechnung tatsächlich durch die PDS finanziert werden muss (z.B. Problem Präsente,  
1041 kleinere Veranstaltungen).

1042  
1043  
1044 gez. Karin Müller  
1045 Vorsitzende der Landesfinanzrevisionskommission  
1046

1048  
1049  
1050  
1051

## Leitantrag

1052  
1053  
1054  
1055  
1056  
1057

**an die 1. Tagung des 9. Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt  
am 18. und 19. Juni 2005 in Wittenberg**

1058  
1059  
1060

# Zukunft durch Innovation

1061  
1062

## I. Chancen Sachsen-Anhalts nutzen

1063  
1064  
1065  
1066  
1067

Sachsen-Anhalt hat viele Chancen, Sachsen-Anhalt hat enorme Potenziale. **Die größten Chancen und Potenziale sind die Menschen, die hier leben** – die hier jeden Tag geboren werden, die hier lernen, studieren und arbeiten, die von anderswo zu uns nach Sachsen-Anhalt kommen, die sich hier ehrenamtlich in sozialen und kulturellen Projekten und Initiativen engagieren.

1068  
1069  
1070  
1071  
1072  
1073

Wesentliche seit 2002 getroffene politische Entscheidungen in Land und Bund schwächen jedoch diese Potenziale mehr und mehr. Damit werden genau die Ressourcen beschädigt, die für eine langfristig selbst tragende Entwicklung Sachsen-Anhalts unerlässlich sind. **Die PDS setzt hier ihren Schwerpunkt. Wir sind davon überzeugt, dass Politik und Gesellschaft aufgefordert sind, alles zu tun, diesen Bereichen Priorität einzuräumen.**

1074  
1075  
1076  
1077  
1078  
1079  
1080  
1081

Das Wissen, die Fähigkeiten und die Erfahrungen der Menschen im eigenen Land stärker als bisher anzuerkennen und zu entwickeln, ist aus Sicht der PDS die einzige Chance, Sachsen-Anhalt eine dauerhaft lebenswerte Perspektive zu geben. Dafür bedarf es eines politischen Paradigmenwechsels in der Landespolitik. Die PDS Sachsen-Anhalt wird alles daran setzen, gemeinsam mit demokratischen politischen und zivilgesellschaftlichen Partnerinnen und Partnern genau dafür die Voraussetzungen zu schaffen. **Wir brauchen andere gesellschaftliche und politische Mehrheiten in Sachsen-Anhalt.**

1082  
10831084  
1085

## II. Politik muss sich den Herausforderungen stellen

1086  
1087  
1088  
1089  
1090  
1091  
1092  
1093  
1094

Die Politik steht vor einer doppelten Herausforderung. Zum einen sind wir 15 Jahre nach der politischen Wende in der DDR mit dem offensichtlichen Scheitern des Transformationsprozesses im Osten der Bundesrepublik Deutschland konfrontiert. **Der Aufbau Ost als Nachbau West hat den neuen Bundesländern keine eigenständige Perspektive eröffnet.** Im Gegenteil, auch in den alten Bundesländern längst überholte Strukturen wurden in den Osten transportiert. Diese waren jedoch gänzlich ungeeignet, auf die gesellschaftlichen Umbrüche angemessen zu reagieren. Insofern sind die Probleme des Ostens von heute die des Westens von morgen.

1095 Zum anderen **stellen die national wie international momentan ablaufenden tief**  
1096 **greifenden Veränderungen neue Fragen, auf die Politik bisher nur unzurei-**  
1097 **chende Antworten gegeben hat** – die immer stärkere Internationalisierung gesell-  
1098 schaftlicher Prozesse, der Finanzströme und wirtschaftlichen Verflechtungen und der  
1099 rasanten Entwicklung moderner Technologien in den Bereichen der Wertschöpfung  
1100 und der Dienstleistungen, die mit Wandlungen in der Arbeitswelt einhergehen oder  
1101 die demographischen Verschiebungen in unserem Land.

1102  
1103 **In dieser Situation setzt die PDS in Sachsen-Anhalt den zentralen Schwer-**  
1104 **punkt: Innovation.** Für uns heißt dies nichts anderes, als die geistigen, wirtschaftli-  
1105 chen und gesellschaftlichen Potenziale zu wecken und zu befördern, die für jede und  
1106 jeden Einzelnen genauso wie für Sachsen-Anhalt insgesamt langfristig eine eigen-  
1107 ständige und zukunftsfähige Perspektive eröffnen.

### 1110 **III. PDS setzt Schwerpunkte**

#### 1111 1112 **1. Bildung, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung stehen im Mittelpunkt**

1113  
1114 **Wissen schafft Arbeit – Wissen schafft Wertschöpfung.** Darum nehmen die  
1115 Bereiche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung in der Politik der PDS  
1116 Sachsen-Anhalt die zentrale Stellung ein.

1117 Hohe Qualifikationen breiter Bevölkerungsschichten und ein gesellschaftliches  
1118 Umfeld, das durch eigene Kraft wirtschaftliche Innovation befördert, sind aus unserer  
1119 Sicht die Weichen, die wir heute stellen müssen, um langfristig erfolgreich zu sein.

1120  
1121 - Wir müssen in Sachsen-Anhalt allen **einen gerechten Zugang zu Bildung**  
1122 **und Wissenschaft** ermöglichen, um die Basis für ein wissensbasiertes Wachstum  
1123 und die individuelle Lebensgestaltung jedes Einzelnen hervorzubringen – d.h. der  
1124 Zugang zu Bildung muss so breit wie möglich angelegt und so früh wie möglich  
1125 eröffnet werden.

1126 - Die PDS steht für **mehr individuelle Förderung**, um die Potenziale jedes  
1127 Einzelnen genau dort zu aktivieren, wo seine größten Stärken schlummern und  
1128 langfristig auch die Gesellschaft profitieren kann. Das heißt auch: Spitzenforschung  
1129 und Spitzenwissenschaft müssen unabhängig vom sozialen Status ein bewusstes  
1130 Ziel von Bildungspolitik werden.

1131 - Wir treten für ein **breiteres Verständnis von Bildungskultur** ein, das stärker  
1132 als bisher auf kulturelle bzw. musische Bildung setzt, um nicht zuletzt vor allem  
1133 kreative Potenziale zu wecken.

1134 - Wir brauchen ein **wirkliches Bewusstsein für die unbedingte Notwendig-**  
1135 **keit des lebenslangen Lernens.** Der rasante Wissenszuwachs in immer kürzeren  
1136 Zeitperioden und die noch zu erwartende Beschleunigung dieses Prozesses  
1137 verlangen nach ständiger Qualifizierung – derer, die sich bilden wollen, und derer,  
1138 die Bildung vermitteln. Lebenslanges Lernen wird auch angesichts einer alternden  
1139 Gesellschaft notwendig. Kein Land wird es sich angesichts des demographischen  
1140 Wandels leisten können, auf das Wissen, die Fähigkeiten und die Erfahrungen  
1141 älterer Menschen verzichten zu können.

1142 - Die PDS fordert eine **Konzentration der öffentlichen Mittel** auf genau die  
1143 Wirtschaftsbereiche, die mittelfristig ohne diese auskommen und langfristig einen  
1144 gesellschaftlichen Gewinn erwarten lassen. Dies sind in hohem Maße die Wirt-

1145 schaftszweige, die sich im Umfeld von universitären und außeruniversitärer For-  
1146 forschung etablieren und mit neuen Technologien, Verfahren und Produkten neue Ar-  
1147beitsfelder jenseits des Niedriglohnssektors eröffnen und damit die wirtschaftliche Dy-  
1148namik entfalten, die Sachsen-Anhalt so dringend benötigt. **Die PDS Sachsen-Anhalt**  
1149**wird mit eigenen Vorschlägen eine öffentliche Diskussion dazu anstoßen,**  
1150**inwieweit die bisher gültige Investitionsquote der Haushalte durch eine**  
1151**Bildungsquote ersetzt werden kann und muss.** Die Investitionsquote muss an die  
1152neuen Entwicklungen angepasst werden – entscheidenden Einfluss auf eine nach-  
1153haltige Entwicklung werden in Zukunft in ungleich stärkerem Maße die humanen  
1154Potenziale haben. Angesichts knapper werdender Finanzmittel der öffentlichen Hand  
1155gilt für uns: Investitionen in Köpfe statt in Beton!

1156  
1157 Die PDS hat dazu mit ihrem Leitantrag des Leunaer Parteitages 2004, dem Konzept  
1158 der Landtagsfraktion für eine „Schule für alle Kinder“ und ihren Eckpunkten für einen  
1159 Schulgesetzentwurf vom März 2005 deutlich gemacht, dass sie gewillt und in der  
1160 Lage ist, diese Politik konkret zu untersetzen.

## 1161 1162 **2. Regionalisierung als Chance verstehen und durchsetzen**

1163  
1164 Die PDS Sachsen-Anhalt setzt weder auf eine einseitige Leuchtturm-Politik, noch auf  
1165 eine gleichförmige Förderung aller Bereiche nach dem „Gießkannen-Prinzip“.  
1166 Was wir stattdessen dringend einfordern, sind **Gestaltungskonzepte für die ver-**  
1167**schiedenen Regionen des Landes mit ihren spezifischen Potenzialen und Ge-**  
1168**gebenheiten.**

1169  
1170 - Wir brauchen in Sachsen-Anhalt eine **Perspektive für die ländlichen Räu-**  
1171**me.** Die PDS hat ihre Vorstellungen dazu bereits der Öffentlichkeit präsentiert. Wir  
1172 werden diese weiter qualifizieren und untersetzen. Die Politik muss sich den beson-  
1173 deren Problemen der ländlichen Räume stellen: überdurchschnittlicher Bevölke-  
1174 rungsverlust, mangelnde Wirtschaftskraft und unterdurchschnittliche Finanzausstat-  
1175 tung der dortigen Kommunen. Es geht dabei vor allem darum, die natürlichen  
1176 Ressourcen und wirtschaftlichen Potenziale sowie die Menschen dieser Regionen in  
1177 die Gesamtentwicklung des Landes einzubeziehen.

1178 - Ein „Europa der Regionen“ verlangt von einer zukunftsfähigen Landespolitik  
1179 Verwaltungs- und Kommunalstrukturen, die dem Konzept der Regionen in Europa  
1180 unter Beachtung sich vollziehender Globalisierungsprozesse gerecht werden. Die  
1181 PDS setzt auf die **Stärkung regionaler Identität und Eigenverantwortung sowie**  
1182 **auf moderne und leistungsfähige Verwaltungsstrukturen.**

1183 - Die zum Teil dramatischen Schrumpfungsprozesse in der Schulstruktur des  
1184 Landes haben erhebliche Auswirkungen auf das **regionale und lokale Kultur- und**  
1185 **Freizeitangebot.** Die ehrenamtliche Arbeit von Vereinen und Verbänden ist davon  
1186 ebenso betroffen. Darauf muss Landes- und Kommunalpolitik reagieren. Die Land-  
1187 tagsfraktion der PDS wird bis Ende des Jahres in Zusammenarbeit mit mehreren  
1188 Kreistags- und Stadtratsfraktionen das Ergebnis ihres Projektes „Schulumfeld“ dazu  
1189 nutzen, politische Handlungsstrategien und Lösungsvorschläge zu erarbeiten und  
1190 der Öffentlichkeit vorzustellen.

1191  
1192  
1193  
1194



### 1195 **3. Vorsorgende Gesellschaftspolitik statt nachsorgender Sozialpolitik**

1196

1197 Jeder und jede Einzelne hat das unbestreitbare Recht auf ein menschenwürdiges  
1198 Leben. Der permanent forcierte Sozialabbau in der Bundes- und in der Landespolitik  
1199 zerstört das Fundament menschlichen Zusammenlebens, bringt Armut, fördert  
1200 Gewalt und Intoleranz und gefährdet das Potenzial für Bildung und Innovation. Immer  
1201 mehr Menschen werden aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Wir  
1202 wollen auf diese Menschen nicht verzichten. **Es muss gelingen, von der gängigen**  
1203 **Praxis einer nachsorgenden Reparaturpolitik überzugehen zu einer vorsorgen-**  
1204 **den Sozialpolitik**, die die Betroffenen endlich in die Lage versetzt, ein selbstbe-  
1205 stimmtes Leben zu führen und zu gestalten. Eine moderne Sozialpolitik ist dann  
1206 erfolgreich, wenn sie verhindert, dass Menschen überhaupt in die Situation kommen,  
1207 gesellschaftliche Hilfe in Anspruch nehmen zu müssen. **Früh investieren statt**  
1208 **später zu reparieren muss Grundansatz einer nachhaltigen Gesellschaftspolitik**  
1209 **werden.**

1210 - Wir werden uns mit einem eigenen **sozialpolitischen Konzept für Sachsen-**  
1211 **Anhalt** der Auseinandersetzung stellen und Ideen für eine vorsorgende Sozialpolitik  
1212 entwickeln.

1213 Der Leitgedanke ist, **durch Bildung soziale Ungleichheit und Benachteiligungen**  
1214 **abzubauen** und mit den Möglichkeiten des Landes und der Kommunen **praktische**  
1215 **Lebenshilfe für die Betroffenen zu geben.**

1216 - Wir wollen die **sozialpolitischen Kompetenzen und Handlungsspielräume**  
1217 **der Kommunen** durch eine kommunale Sozialpauschale und einen kommunalen  
1218 Familienpass **stärken.**

1219

1220 **In allen Politikbereichen muss die Perspektive sozialer Ungleichheiten mitge-**  
1221 **dacht werden. Es geht uns darum Armut vorzubeugen, zu bekämpfen, wenigst-**  
1222 **ens aber zu kompensieren.**

1223

1224

### 1225 **IV. Demokratie jeden Tag verteidigen und ausbauen**

1226

1227 Gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, demokratische und starke zivilge-  
1228 sellschaftliche Strukturen und umfassende Bürgerrechte – all dies sind keine Selbst-  
1229 verständlichkeiten. Sie müssen jeden Tag erneuert und verteidigt werden. **Die PDS**  
1230 **steht für eine offene Gesellschaft, deren tragende Elemente die Akzeptanz**  
1231 **unterschiedlicher Lebensweisen und -entwürfe, größtmögliche individuelle**  
1232 **Freiheit, Emanzipation und Selbstbestimmung sind.**

1233 Ansätze unserer Politik sind die humane Gestaltung der sozialen und individuellen  
1234 menschlichen Existenzen, die Unterstützung der Mündigkeit der Bürgerinnen und  
1235 Bürger, die lebendige Gestaltung von Demokratie und die verfassungsmäßige  
1236 Verankerung von mehr demokratischem Engagement.

1237 Dabei nehmen wir die berechtigten Ängste der Menschen vor Terror und Kriminalität  
1238 sehr ernst. Aber es gibt keinen hundertprozentigen Schutz vor Kriminalität und somit  
1239 auch nicht vor terroristischen Anschlägen. **Ein demokratischer Staat hat dafür zu**  
1240 **sorgen, dass die in ihm lebenden Menschen vor Verbrechen geschützt werden,**  
1241 **ohne dass ihre Privatsphäre verletzt und ihre Grund- und Freiheitsrechte**  
1242 **eingeschränkt werden.**

1243 Wer öffentliche Sicherheit will, muss für inneren Frieden und für soziale Gerechtigkeit  
1244 sorgen. Aus Sicht der PDS Sachsen-Anhalt sind Biometrische Daten in Pass und

1245 Ausweis, die Verwendung von Sozialdaten als Fahndungsdaten, Videoüberwachung,  
1246 die Ausweitung der DNA-Analyse oder der Einsatz der Bundeswehr im Landesinnern  
1247 nicht geeignet, dem Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger Rechnung zu  
1248 tragen. Diese politischen Konzepte führen lediglich dazu, dass alle Bürgerinnen und  
1249 Bürger als potenzielle Täter betrachtet werden.

1250 Wir setzen auf eine Politik der Ausweitung demokratischer Rechte, der Mitbestim-  
1251 mung, auf eine Politik der Integration statt Ausgrenzung.

1252

1253 **Darum ist es für die PDS Sachsen-Anhalt auch eine tagtägliche Aufgabe, sich**  
1254 **jeder Form von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus**  
1255 **entgegenzustellen.** Wir wissen aber ebenso, dass uns dies allein nicht gelingen  
1256 wird. Rechtes Gedankengut ist mittlerweile breit verankert und keine alleinige Sache  
1257 einzelner rechtsextremer oder neofaschistischer Parteien mehr. **Wir werben darum**  
1258 **um ein breites zivilgesellschaftliches antifaschistisches Bündnis,** dass sich  
1259 dieser Herausforderung stellt. Es bedarf kontinuierlicher Arbeit, statt kurzatmiger  
1260 plakativer Aktionen. Auf der Ebene der Landespolitik heißt das für uns vor allem, den  
1261 Strukturen und Organisationen, die sich dieser Aufgabe zugewandt haben, dauer-  
1262 hafte und verlässliche Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen.

1263 **Gerade in Zeiten harter gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, die oft einher**  
1264 **gehen mit herber Kritik an den politischen Parteien und Strukturen, ist es aus**  
1265 **Sicht der PDS unerlässlich, Demokratie und Zivilgesellschaft zu stärken und**  
1266 **demokratische Normen und Werte zu verteidigen, anstatt infrage zu stellen.**

1267 Es bleibt die Aufgabe aller demokratischer Parteien, die Menschen mit ihren Proble-  
1268 men und Ängsten nicht allein zu lassen. Anderenfalls würde rechten Parteien, deren  
1269 unverhohlenes Ziel letztlich die Abwicklung der Demokratie ist, Tür und Tor geöffnet.

1270 **Der Kampf gegen den Rechtsextremismus wird sich zuerst auch daran ent-**  
1271 **scheiden, ob es Politik gelingt, den Menschen eine lebenswerte Perspektive in**  
1272 **einer offenen und demokratischen Gesellschaft aufzuzeigen.**

1273

1274

## 1275 **V. Für einen Politikwechsel in Sachsen-Anhalt 2006**

1276

1277 In den bevorstehenden Wahlkämpfen in Sachsen-Anhalt wollen wir Alternativen zur  
1278 Politik der regierenden Koalition aus CDU und FDP aufzeigen und für einen Politik-  
1279 wechsel in Sachsen-Anhalt werben. Im Mittelpunkt steht dabei die Debatte um die  
1280 Zukunftsfähigkeit des Landes. **Wir setzen auf Innovation und Gestaltungsfähig-**  
1281 **keit anstelle von Erstarrung und die durch massiven Sozialabbau gekenn-**  
1282 **zeichnete rückwärts orientierte Reformpolitik.** Während die anderen Parteien bei  
1283 allen Unterschieden in der Tendenz jedoch übereinstimmend von der Alternativlosig-  
1284 keit der gegenwärtigen Politik der Regierenden sprechen und auch keine tatsäch-  
1285 lichen Alternativen zur aktuellen Politik in Bund und Land anbieten, unterbreiten wir  
1286 auf der Grundlage unseres Leuna-Parteitagsbeschlusses alternative Angebote.

1287

1288 Die Krise der öffentlichen Haushalte hat sich durch die bisherigen Reformschritte der  
1289 Bundesregierung auf sozial- und finanzpolitischem Gebiet verschärft. Ein Einstieg in  
1290 eine Umverteilung von oben nach unten ist im Interesse der Zukunft unseres Landes  
1291 zwingend notwendig. Soziale Gerechtigkeit, gesellschaftliche Solidarität und zu-  
1292 kunftsfähige soziale Sicherungssysteme sind kein Anachronismus. Sie sind ent-  
1293 scheidend für die Zukunft dieser Gesellschaft. Sie sind also auch Voraussetzung ei-  
1294 ner modernen und nachhaltigen Wirtschafts- und Finanzpolitik.

1295  
1296 **Die PDS Sachsen-Anhalt steht nicht nur für einen Politikwechsel, sondern sie**  
1297 **ist bereit, ihn aktiv zu gestalten und dabei Verantwortung zu übernehmen.**  
1298

1299 **Die PDS wird sich im Wahlkampf darum mit einem eigenständigen inhaltlichen**  
1300 **Profil präsentieren und sich nicht auf mögliche Partner festlegen lassen.** Wir  
1301 werden die politischen Angebote der anderen Parteien gründlicher und vorurteils-  
1302 loser als bisher analysieren, um einerseits die Differenzen exakt kenntlich zu machen  
1303 und andererseits Schnittmengen zu finden, die Anknüpfungspunkte für spätere politi-  
1304 sche Arbeit sein können.

1305 In Abhängigkeit vom Wahlergebnis und dem daraus abzuleitenden Auftrag der Wäh-  
1306 lerinnen und Wähler werden wir auf dieser Basis Möglichkeiten für eine künftige  
1307 Zusammenarbeit ausloten. Die PDS wird nach der Landtagswahl nicht erneut eine  
1308 Landesregierung tolerieren. Ziel einer Zusammenarbeit in Regierung oder Opposition  
1309 ist für uns die Suche nach politischen Mehrheiten für einen Umsteuerungsprozess,  
1310 der geeignet ist, dem Land Sachsen-Anhalt den oben beschriebenen Entwicklungs-  
1311 weg zu eröffnen.

1312  
1313 Angesichts der gewachsenen politischen Rolle der PDS im Land und unseres eigen-  
1314 en Anspruches zur aktiven und verantwortlichen Gestaltung von Politik sind wir  
1315 gefordert, die Bereitschaft zur aktiven Gestaltung auch mit einem personellen Ange-  
1316 bot zu verbinden. Das erfordert für den Landtagswahlkampf, von Anfang an **eine**  
1317 **eigene Kandidatin/einen eigenen Kandidaten für das Amt der/des Minister-**  
1318 **präsidentIn aufzustellen** und den Wahlkampf entsprechend zuzuschneiden.

1319 Darüber hinaus ist es die Aufgabe der PDS, ihr inhaltliches Angebot an die Wäh-  
1320 lerninnen und Wähler mit kompetenten Personen zu verbinden.

1321 Der Landesvorstand wird beauftragt, der VertreterInnenversammlung zur Aufstellung  
1322 der Landesliste zur Landtagswahl 2006 eine **politische Kernmannschaft** vorzu-  
1323 schlagen. Der/Die Landesvorsitzende führt dazu im Vorfeld der VertreterInnenver-  
1324 sammlung vorbereitende Gespräche mit den Kreisvorständen der PDS Sachsen-  
1325 Anhalt und dem Landesparteirat. Der/Die KandidatIn der PDS für das Amt der/des  
1326 MinisterpräsidentIn ist in die Erarbeitung des Vorschlages einer Kernmannschaft ein-  
1327 zubeziehen. Darüber hinaus gelten die „Prinzipien für die Aufstellung der Kandida-  
1328 tinnen und Kandidaten der PDS zur Landtagswahl 2006“, die der Landesvorstand am  
1329 3. Mai 2005 beschlossen hat.

1330

1331

## 1332 **VI. Modern und weltoffen, sozial und gerecht, Streitbar und** 1333 **verlässlich**

1334

1335 Die PDS geht als moderne sozialistische Partei in die Wahlkämpfe 2006. Vor allem  
1336 anderen bedeutet das eine uneingeschränkte, ernsthafte und dabei selbstkritische  
1337 Hinwendung zu den realen Interessen, Erfahrungen, Hoffnungen und Sorgen der  
1338 Wählerinnen und Wähler. **Wir haben Personen, Ideen, eine Haltung, die es**  
1339 **lohnenswert lassen, mit uns ins Gespräch zu kommen.** Wir bieten Partizipation und  
1340 Kommunikation an.

1341

1342 Wir stehen als PDS vor der Herausforderung, für Sachsen-Anhalt eine eigenständige  
1343 und selbst tragende Perspektive zu entwickeln. Die Bürgerinnen und Bürger wollen  
1344 nicht länger vorgeworfen bekommen, am Tropf der alten Bundesländer zu hängen.

1345 Sie wollen endlich die reale Chance erhalten, selbst zum Träger ihrer Zukunft zu  
1346 werden. Sie wollen nicht alimentiert werden, sie wollen gestalten.  
1347 Wer den Bürgerinnen und Bürgern nicht verständlich machen kann, warum er welche  
1348 politischen Entscheidungen heute fällt, wird weder Vertrauen noch Engagement  
1349 wecken. **Wir können dieses Land aber nur mit den Menschen gestalten, nicht  
1350 für sie.**

1351  
1352 **Die PDS stellt sich dieser Herausforderung: modern und weltoffen, sozial und  
1353 gerecht, streitbar und verlässlich – als sozialistische Partei in Sachsen-Anhalt.**  
1354

1355  
1356  
1357  
1358  
1359  
1360  
1361  
1362  
1363  
1364  
1365  
1366  
1367  
1368  
1369  
1370  
1371  
1372  
1373  
1374  
1375  
1376  
1377  
1378  
1379  
1380  
1381  
1382  
1383  
1384  
1385  
1386  
1387  
1388  
1389  
1390  
1391  
1392  
1393  
1394

1395 Ada Ahrens  
1396 Corinna Pilatzki  
1397 Ruth Rothe  
1398 Achim Bittrich  
1399 Lothar Boese  
1400 Michael Entrich

3. Mai 2005

1401  
1402 Der Landesvorstand hat in seiner Sitzung am 3. Mai 2005 mehrheitlich (14/1/1)  
1403 beschlossen, diesen Antrag an den Landesparteitag zu unterstützen.  
1404

1405  
1406  
1407

## **Antrag**

1408  
1409

**an die 1. Tagung des 9. Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt  
am 18. und 19. Juni 2005 in Wittenberg**

1410  
1411  
1412

## **Wie weiter mit der PDS im Land Sachsen-Anhalt?**

1413  
1414  
1415

### **Konzept für eine finanzierbare Struktur bis 2010**

1416  
1417  
1418  
1419

#### **1. Grundsätze der Finanzarbeit im Landesverband Sachsen-Anhalt**

1420  
1421  
1422

Die innerparteiliche Finanzarbeit im gesamten Landesverband und allen seinen Gliederungen ist konsequent auf Eigenfinanzierung zu orientieren. Finanzierungsquellen sind Mitgliedsbeiträge, Mandatsträgerbeiträge, Spenden und die staatlichen Mittel.

1423  
1424  
1425  
1426

Die Finanzierung des Landesverbandes erfolgt auf einer solidarischen Basis durch die Kreisverbände. Innerhalb der Gliederungen soll nach Notwendigkeiten ein Solidarausgleich gewährleistet werden. Eigenfinanzierung geht vor Fremdfinanzierung.

1427  
1428  
1429  
1430  
1431

Die Wahlkämpfe auf Landes- und Bundesebene werden ausschließlich aus den staatlichen Mitteln finanziert, die im zentralen Wahlkampffonds beim Parteivorstand angespart werden. Der Kommunalwahlkampf wird zukünftig ausschließlich aus dem Kommunalwahlfonds finanziert. Zusätzliche Ausgaben sind nur dann möglich, wenn sie durch die vorherige Bildung von Rücklagen auf der entsprechenden Ebene gesichert sind. Daher sind die Möglichkeiten der Bildung von Rücklagen aus Einsparungen und der Kommunalwahlfonds auszunutzen und zu stärken. Der Kommunalwahlfonds wird durch den Landesvorstand, vertreten durch die Landesschatzmeisterin/den Landesschatzmeister, verwaltet. Er dient ausdrücklich nur zur Finanzierung der Kommunalwahlen. Im Übrigen gilt der Beschluss der 1. Tagung des 7. Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt im Juni 2001 unverändert. Die

1432  
1433  
1434  
1435  
1436  
1437

1438  
1439  
1440  
1441

1442

1443 Kreisverbände, die sich bisher nicht am Kommunalwahlfonds beteiligen, werden  
1444 durch den Parteitag aufgefordert, ihre Haltung zu korrigieren.

1445  
1446 Spenden verbleiben auf der Ebene, in der sie eingeworben und eingenommen  
1447 wurden.

1448  
1449 Der PDS-Landesverband als wirtschaftliches Unternehmen muss kurz- und mittel-  
1450 fristig über Finanzierungssicherheit verfügen. Basis der Finanzplanungen sind die zu  
1451 erwartenden Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und Mandatsträgerbeiträgen. Daher  
1452 ist es unerlässlich, mit mehr Konsequenz die Beitragskassierung entsprechend  
1453 Statut und Beitragsrichtlinie einzufordern.

1454  
1455 Der Landesverband trägt, vertreten durch die Landesschatzmeisterin/den Landes-  
1456 schatzmeister, die Verantwortung für die Ordnungsmäßigkeit von Rechnungslegung  
1457 und Buchführung sowie Abschlüssen im gesamten Landesverband. Die Kreisvor-  
1458 stände tragen die Verantwortung für den Nachweis der Einnahmen und Ausgaben  
1459 entsprechend der Buchhaltungsrichtlinie in ihrem Verantwortungsbereich.

1460  
1461 Die vom Landesverband unterhaltene Landesgeschäftsstelle ist verantwortlich für:

- 1462 • die Gehaltszahlungen an die MitarbeiterInnen des Landesverbandes
- 1463 • die Zahlung der gesetzlich vorgesehenen Steuern, Abgaben und Gebühren
- 1464 • die Abwicklung des gesamten weiteren Zahlungsverkehrs im Auftrag von
- 1465 Kreisverbänden, soweit diese übertragen wurde
- 1466 • die Finanzierung der regionalen Geschäftsstellen
- 1467 • die Finanzierung landesweiter politischer Aktionen sowie des Büros für
- 1468 Öffentlichkeitsarbeit

1469 Dazu stellen die Kreisverbände die jährlich im Rahmen der Finanzplanung zu verein-  
1470 baren Zuschüsse an die Landesgeschäftsstelle termingerecht zur Verfügung. Der  
1471 Landesvorstand übt im Auftrag des Landesverbandes die Arbeitgeberfunktion aus.

1472  
1473 Zuschusszahlungen zwischen den Kreisverbänden sind nur dann möglich, wenn  
1474 gemeinsame politische Aktivitäten geplant werden. Keinesfalls dürfen sie zur Finan-  
1475 zierung der vom gesamten Landesverband zu verantwortenden regionalen Struktur  
1476 verwendet werden.

1477  
1478 Über die Verwendung von Überschüssen auf Landesebene ist ein Einvernehmen  
1479 zwischen dem Landesvorstand und den Kreisvorständen herzustellen. Überschüsse  
1480 in den Kreisverbänden sind von den Kreisvorständen verantwortungsbewusst selbst  
1481 zu verwalten.

1482  
1483 Für den Landesverband ist sowohl eine kurz- als auch mittelfristige Finanzplanung  
1484 durchzusetzen, in die auch die Aufwendungen für Wahlkämpfe einbezogen werden.

1485  
1486 Deutlich mehr als bisher ist die politische Wirkung der Ausgaben für die öffentliche  
1487 Ausstrahlung und für Wahlkämpfe zu überprüfen. Auf aufwendige Veranstaltungen  
1488 ohne öffentliches Signal müssen wir verzichten. Traditionelle nach innen gerichtete  
1489 PDS-Veranstaltungen müssen zukünftig durch die interessierten TeilnehmerInnen  
1490 finanziert werden.

1491

1492 Durch den Landesvorstand ist im Einvernehmen mit den Kreisvorständen eine  
 1493 mittelfristige Personalplanung umzusetzen. Entsprechend der solidarischen Grund-  
 1494 prinzipien unserer Partei sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, einen betriebs-  
 1495 bedingten Personalabbau zu vermeiden.

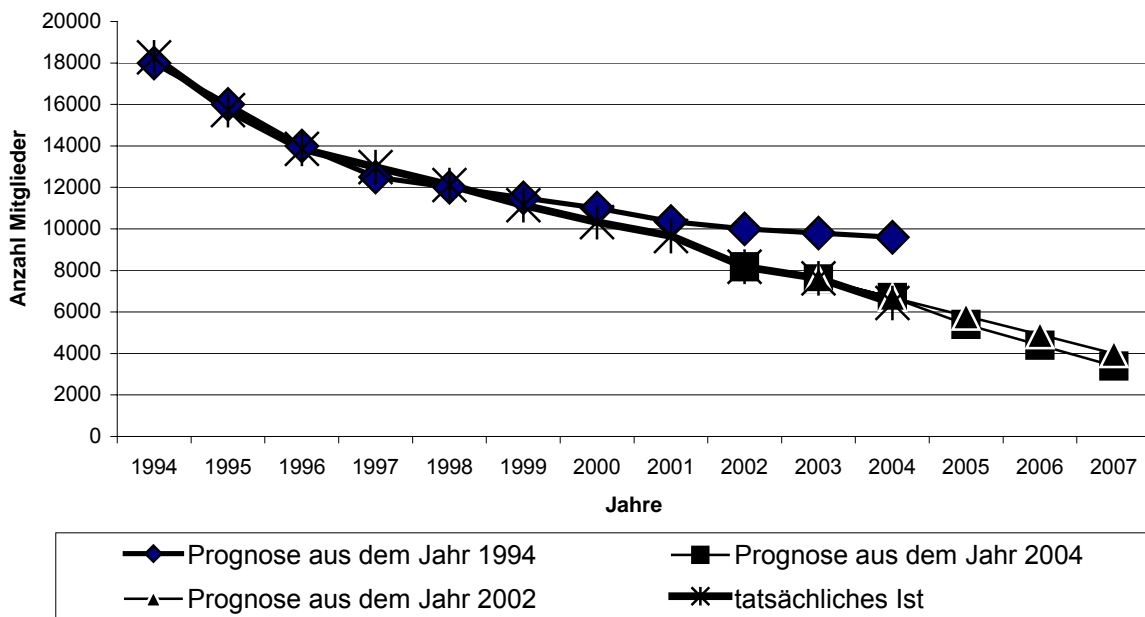
1496  
 1497

## 2. Mitglieder

1498  
 1499

1500 Mit dem Jahresabschluss 2004 findet die Vorhersage zur Entwicklung der Mitglieder  
 1501 und der damit in Zusammenhang stehenden Beiträge und Spenden ihre Bestätigung.

Mitgliederentwicklung Prognosen 1994, 2002, 2004 und Ist



1502  
 1503

1504 Am Ende des Jahres 2004 waren ca. 58 % unserer Mitglieder im Alter über 65 Jahre.  
 1505 Diese Altersgruppe hat einen entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung des PDS-  
 1506 Landesverbandes, und dies nicht nur finanziell betrachtet. Es sind immerhin ca.  
 1507 3.700 Mitglieder, d.h. in dieser Größenordnung werden wir mittelfristig Mitglieder  
 1508 verlieren. Austritte und Wegzüge liegen etwa auf dem gleichen Niveau wie Eintritte,  
 1509 spielen also für die Prognose eine untergeordnete Rolle. Damit finden bereits ältere  
 1510 Prognosen, die bis 2007 erstellt wurden, ihre Bestätigung.

1511 Entsprechend der Mitgliederdatei waren am Ende des Jahres 2004 6.434 Mitglieder  
 1512 organisiert. Für die Prognose der Entwicklung der Finanzen wird von folgenden  
 1513 Mitgliederzahlen ausgegangen.

1514

Stand per 31.12.	Mitglieder
2004	6400
2005	5400
2006	4400
2007	3400
2008	3400
2009	3400
2010	3400

1515 Mit sinkendem Anteil der älteren GenossInnen besteht die Chance, den Mitglieder-  
1516 verlust durch Gewinnung neuer Mitglieder zu kompensieren. Das lässt den Schluss  
1517 zu, dass sich der Mitgliederbestand im Landesverband Sachsen-Anhalt ab dem Jahr  
1518 2008 auf einem Niveau von 3.400 GenossInnen einpegeln könnte.

1519  
1520

### 1521 3. Beiträge und Spenden

1522

1523 Für das Jahr 2004 wurde ein Durchschnittsbeitrag von 11 € für bezahlende Mitglieder  
1524 ermittelt. Damit liegen wir am Ende der Landesverbände in den neuen Bundes-  
1525 ländern. Beiträge sind für die PDS die Haupteinnahmequelle. Wir wissen um unsere  
1526 Reserven. Und genau deshalb müssen wir uns für beitragssteigernde Maßnahmen  
1527 und Ideen entscheiden. Eine Steigerung jährlich um einen Euro ist ein realistisches  
1528 Ziel, das aber nicht ohne energische Anstrengungen auf allen Ebenen erreicht  
1529 werden kann.

1530

1531 Daraus wären folgende Beitragsentwicklungen möglich:

1532

Jahr	Beitragseinnahmen bei 11 € Durchschnitt	Beitragseinnahmen bei jährlich plus 1 €
2004	916.862	
2005	800.712	800.712
2006	668.712	729.504 (12 €)
2007	536.712	634.296 (13 €)
2008	448.800	571.200 (14 €)
2009	448.800	612.000 (15 €)
2010	448.800	652.800 (16 €)

1533

1534

#### 1535 **Wie können wir höhere Beiträge erreichen?**

1536

1537 Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt uns, wie schwer und mühselig es ist, einen  
1538 satzungsgerechten Beitrag einzufordern. Aber mit der Währungsumstellung auf den  
1539 Euro war uns tatsächlich eine beachtliche Steigerung von über 2 € gelungen.

1540

- 1541 1. Die Zielstellungen für Beitragssteigerungen in den kommenden Jahren  
1542 werden von allen anerkannt. Damit wollen wir folgende Beitragsdurchschnitte  
1543 erreichen:

1544

2006 12 €

1545

2007 13 €

1546

2008 14 €

1547

2009 15 €

1548

2010 16 €

1549

- 1550 2. Wir brauchen im Landesverband Sachsen-Anhalt (und in der gesamten PDS)  
1551 eine Debatte zur satzungsgerechten Beitragszahlung. Und diese im Zusam-  
1552 menhang mit der Debatte, wie viel jedem einzelnen Mitglied die PDS wert ist.  
1553 Aber diese Diskussion können wir nicht nur einzelnen Mitgliedern überlassen.  
1554 Auch wenn es unbequem ist, viele sollten dieses Gespräch suchen. Die



1555 Hauptverantwortung für diesen Prozess tragen die Vorstände auf allen  
1556 Ebenen.

1557

1558 3. Der Bankeinzug sollte als verwaltungsarmes und prüfungssicheres Verfahren  
1559 für die Beitragszahlung ausschließlich genutzt werden. Auch dazu bedarf es  
1560 Überzeugungsarbeit. Bis zum Ende 2007 wollen wir 80 % unserer Mitglieder  
1561 für das Lastschriftverfahren werben. Dabei können alternative Formen von  
1562 Mitgliederversammlungen, Treffs und Betreuungsbesuchen gefunden werden.  
1563 Über Workshops sollte den Beitragsverantwortlichen angeboten werden, sich  
1564 mit Erfahrungen und Argumenten auszustatten, um im Gespräch zu über-  
1565 zeugen.

1566

### 1567 **Spenden/Mandatsträgerbeiträge**

1568

1569 Die Mandatsträgerbeiträge der Landtagsabgeordneten unterstützen die Finanzierung  
1570 des Landesverbandes. Diese Größe (jährlich ca. 160.000 €) kann bis zum ersten  
1571 Quartal des Jahres 2006 fest eingeplant werden. Bei gleichem Wahlergebnis wie  
1572 2002 wird die Anzahl der Landtagsabgeordneten geringer, da nach der Parlaments-  
1573 reform mit einer kleineren Fraktion zu rechnen ist.

1574

1575 Bei den Spenden ist ebenfalls von einem Rückgang auszugehen, da gegenwärtig  
1576 fast ausschließlich Mitglieder der PDS Spender sind. Um eine annähernde Prognose  
1577 für die Entwicklung der Spenden zu erhalten, sollte wiederum von einem durch-  
1578 schnittlichen Spendenbeitrag je Monat von ca. 1,50 € je Mitglied ausgegangen  
1579 werden. Im letzten Jahr spendete jedes Mitglied monatlich im Durchschnitt 1,80 €,  
1580 dies jedoch unter der Voraussetzung von Spendenaufrufen zur Kommunalwahl.

1581

Jahr	Mandatsträgerbeiträge/Spenden Land	Spenden Kreise
2004	162.000	142.000
2005	160.000	110.000
2006	145.000	90.000
2007	145.000	73.000
2008	145.000	61.000
2009	145.000	61.000
2010	145.000	61.000

1582

1583

1584 Auch hier sind alle Mittel auszuschöpfen, um zusätzliche Spenden einzuwerben.  
1585 Mögliche Wege sind:

1586

- 1587 1. Feste Vereinbarungen mit Spendern, ob PDS-Mitglied oder auch nicht, als  
1588 sichere Finanzierungsquellen für die politische Arbeit.
- 1589 2. Die Orientierung auf Spenden von außen, insbesondere auch von juristischen  
1590 Personen.
- 1591 3. Die Nutzung von Aktionen und politischen Höhepunkten zur gezielten  
1592 Einwerbung zusätzlicher projektbezogener Spenden.

1593

1594

1595

1596 **4. Effektive und finanzierbare Organisations- und Geschäftsstellenstruktur im**  
1597 **PDS-Landesverband Sachsen-Anhalt**  
1598

1599 Ausgangspunkt ist eine Aufgabenbeschreibung, mit der wir als Partei wahrge-  
1600 nommen werden und dabei im demokratischen System verankert bleiben.

1601 Voraussetzung dafür bildet neben dem Grundgesetz vor allem das Parteiengesetz.  
1602 Es definiert Parteien und legt für uns Handlungsspielräume fest.  
1603

1604 Im § 1 des Parteiengesetzes werden die Aufgaben der Parteien im politischen  
1605 System benannt:  
1606

- 1607 ▪ Mitwirkung an der politischen Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger
  - 1608 ▪ Einflussnahme auf die öffentliche Meinung
  - 1609 ▪ Anregungen über politische Bildung vermitteln
  - 1610 ▪ Teilnahme der BürgerInnen am politischen Leben fördern
  - 1611 ▪ Heranbildung von BürgerInnen, die öffentlich Verantwortung übernehmen
  - 1612 ▪ Aufstellung von BewerberInnen für Wahlen
- 1613

1614 Dort ist eindeutig festgelegt, dass die zur Verfügung stehenden Mittel ausschließlich  
1615 für diese Aufgaben verwendet werden.  
1616

1617 Daraus ergeben sich für den Landesverband der PDS weiterführende Aufgaben, die  
1618 über eine finanzierbare Geschäftsstellen- und Personalstruktur realisiert werden  
1619 müssen.  
1620

1621 ***Geschäftsstellenstruktur***  
1622

1623 1. Landesgeschäftsstelle  
1624

1625 Über ihre funktionalen Aufgabenbereiche sichert die Landesgeschäftsstelle Arbeits-  
1626 aufgaben des Landesvorstandes in den Bereichen:

- 1627 • Büro/Sekretariat
- 1628 • Büro für Öffentlichkeitsarbeit
- 1629 • Landeswahlbüro
- 1630 • Dokumentation/Archivierung
- 1631 • Mitgliederleben/Parteiorganisation
- 1632 • Politische Bildung/Grundsatzfragen
- 1633 • Technische Dienste/Internet/Kommunikation
- 1634 • Inhaltliche und konzeptionelle Ausgestaltung des KIZ
- 1635 • Koordinierung der Arbeit in den Regionen bzw. Kreisverbänden
- 1636 • Buchhaltung/Belegwesen/Bankeinzug der Zuwendungen
- 1637 • Politische Jugendbildung und projektbezogene Praktika

1638 Im Zusammenwirken mit den Landesorganen des PDS-Landesverbandes unterstützt  
1639 die Landesgeschäftsstelle inhaltlich und organisatorisch die Arbeit des Landespartei-  
1640 rates. Weiterhin leistet sie Dienste für die Landesschiedskommission, die Landes-  
1641 finanzrevisionskommission sowie den Landesfinanzrat. Darüber hinaus ist sie An-  
1642 sprechpartner für PDS-Mitglieder, SympathisantInnen und BürgerInnen für Grund-  
1643 satzprobleme oder Probleme des Alltages.  
1644

1645

1646 2. Regionale Geschäftsstellen

1647

1648 Der Landesverband unterhält und finanziert mittelfristig Geschäftsstellen in den  
1649 Regionen (Regionalgeschäftsstellen). Weitere Geschäftsstellen in den Kreisen sind  
1650 weder politisch notwendig, noch finanzierbar, die Einnahmen setzen uns hier  
1651 eindeutig Grenzen. Die politische Präsenz der PDS in Sachsen-Anhalt ist durch ein  
1652 Netz von Bürgerbüros der Abgeordneten und der Regionalgeschäftsstellen zu  
1653 sichern. Die funktionalen Aufgaben der Partei werden strukturell über regionale  
1654 Geschäftsstellen und die Landesgeschäftsstelle abgesichert.

1655

1656 Um dies erfolgreich umzusetzen und in der Fläche des Landes Anlaufpunkte für  
1657 BürgerInnen anzubieten, wird der Landesvorstand beauftragt, in Vorbereitung der  
1658 Landtags- und Bundestagswahlen mit den KandidatInnen geeignete Verabredungen  
1659 zu treffen. Der Landesvorstand, vertreten durch die Landesschatzmeisterin/den  
1660 Landesschatzmeister, wird beauftragt, beginnend im 2. Halbjahr 2005 unter Berück-  
1661 sichtigung der Kündigungsfristen alle Kreisgeschäftsstellen zu schließen. Die  
1662 Kreisvorstände werden aufgefordert, die Standorte der regionalen Geschäftsstellen  
1663 zu prüfen und gegebenenfalls zu korrigieren.

1664

1665 **Personal**

1666

1667 Der PDS-Landesverband hat in den vergangenen Jahren die ihm gestellten  
1668 Aufgaben mit immer weniger finanziellen, materiellen und personellen Ressourcen  
1669 erfüllen können. Dies konnte durch eine bessere Koordinierung und Rationalisierung  
1670 erreicht werden. Freiwerdende Stellen wurden nicht mehr besetzt. Der Personal-  
1671 bestand wurde sozial verträglich durch vorzeitige Inanspruchnahme der Rentenre-  
1672 gelungen der letzten Jahre möglich. Zur Zeit nutzen zwei MitarbeiterInnen die Mög-  
1673 lichkeit des zwischen Parteivorstand und der Gewerkschaft ver.di abgeschlossenen  
1674 Altersteilzeitvertrages.

1675

1676 Bereits jetzt ist aber offensichtlich, dass der Personalbestand weiter reduziert werden  
1677 muss und Aufgaben anderweitig erfüllt bzw. gestrichen werden müssen.

1678

1679 Wesentliche Aufgaben der hauptamtlichen MitarbeiterInnen sind:

1680

- 1681 • die Beförderung und Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit,
- 1682 • politische Willensbildung, Grundsatzarbeit und politische Koordinierung in  
1683 der Partei,
- 1684 • Mitgliederentwicklung, -gewinnung und -pflege,
- 1685 • politische Bildungsarbeit,
- 1686 • Öffentlichkeitsarbeit, Führung von politischen Kampagnen und  
1687 Wahlkämpfen,
- 1688 • Erfüllung der nach dem Parteiengesetz und der Finanzordnung vorgege-  
1689 benen Aufgaben (Mobilisierung von Einnahmen, Mitgliederprogramm, Buch-  
1690 haltung, Rechenschaftslegung),
- 1691 • Organisierung der notwendigen Verwaltungsarbeit in den Geschäftsstellen  
1692 (politisch-organisatorische und Koordinierungsaufgaben).

1693

1694

1695

1696 Daraus ergibt sich folgende funktionelle Grundstruktur für die Landesgeschäftsstelle:

1697

1698

- Landesgeschäftsführer/in

1699

- Landesschatzmeister/in

1700

- Mitarbeiter/in Parteientwicklung/Grundsatzarbeit

1701

(einschließlich Mitgliedergewinnung, Politische Bildung)

1702

- Mitarbeiter/in Öffentlichkeitsarbeit/Wahlen

1703

(einschließlich Internet, Pressearbeit)

1704

- Mitarbeiter/in Finanzen/Buchhaltung

1705

- Sekretariats-/Büroleiter/in

1706

(einschließlich Organisation, Dokumentation, Archivierung)

1707

1708 Hinzu kommen Regionalmitarbeiter des Landesverbandes, deren Anzahl vom jewei-  
1709 ligen Stand der Regionalisierung und von der Finanzierbarkeit abhängt.

1710

1711 Folgende Wege zur schrittweisen Personalreduzierung sollten vor allem genutzt  
1712 werden:

1713

1714

- Nach entsprechender Prüfung Nichtwiederbesetzung von Stellen, deren  
1715 StelleninhaberInnen aus Altersgründen oder anderen Gründen  
1716 ausscheiden

1717

- Einsatz von MitarbeiterInnen des Landesverbandes in anderen  
1718 Parteistrukturen (bei Fraktionen, PDS-Abgeordneten, in Wahlkreisbüros)

1719

- weitere Nutzung der Möglichkeiten von Altersteilzeit über die im  
1720 Altersteilzeit-Tarifvertrag festgelegte Quote hinaus, einschließlich Prüfung  
1721 der vorzeitigen Inanspruchnahme von Altersrente durch MitarbeiterInnen.

1722

1723 Betriebsbedingte Kündigungen sollten das äußerste Mittel bleiben, können jedoch  
1724 nicht völlig ausgeschlossen werden. Sie sind auch unter den Bedingungen des bis  
1725 2005 gültigen Manteltarifvertrages im Landesverband bei Vorliegen entsprechender  
1726 Beschlüsse rechtlich zulässig. Wohl wissend um die Bedeutung des Personals für  
1727 die Aktions- und Kampagnenfähigkeit des Landesverbandes und um die soziale  
1728 Verantwortung für unsere MitarbeiterInnen sollten wir aber jede Möglichkeit nutzen,  
1729 um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden.

1730

1731 Der Landesvorstand wird beauftragt, die funktionalen Aufgabenbereiche bei  
1732 Beibehaltung des Prinzips der Regionalisierung, der Kompatibilität zur Bundespartei  
1733 und den anderen Landesverbänden sowie unter Berücksichtigung spezifischer  
1734 Aufgaben durch eine geeignete Personalstruktur abzusichern. Dabei muss gleich-  
1735 zeitig geprüft werden, inwieweit auf bestimmte Aufgaben verzichtet werden kann  
1736 bzw. durch welche Maßnahmen eine weitere Reduzierung der Verwaltungsarbeit  
1737 möglich wird.

1738

1739 Dieser Beschluss schreibt folgende Parteitagsbeschlüsse fort:

1740

- Grundsätze zur Finanzarbeit im PDS-Landesverband Sachsen-Anhalt ab dem  
1741 Finanzjahr 2001 (Beschluss der 2. Tagung des 6. Landesparteitages der PDS  
1742 Sachsen-Anhalt)

1743

- Beschluss zu Strukturentwicklung des PDS-Landesverbandes Sachsen-Anhalt  
1744 (Beschluss der 2. Tagung des 6. Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt)

1745

1747

1748

1749

1750

1751

## Antrag

1752

### zur Änderung der Landessatzung

1753

1754

an die 1. Tagung des 9. Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt  
am 18. und 19. Juni 2005 in Wittenberg

1755

1756

1757

1758

1759

Im Zusammenhang mit dem Antrag zur Gründung des PDS-Regionalverbandes Harz und dessen Stellung im Landesverband Sachsen-Anhalt sind Änderungen in der Satzung erforderlich.

1760

1761

1762

1763

**Der Punkt „7. Gliederungen“ der Landessatzung wird wie folgt geändert:**

1764

1765

(1) Die Gliederungen dienen der Sicherung einer umfassenden Mitwirkung des einzelnen Mitgliedes an der Willensbildung in der Partei. Der Landesverband Sachsen-Anhalt gliedert sich in **Regionalverbände bzw.** Kreis- und ihnen gleichgestellte Stadtverbände der kreisfreien Städte (im Folgenden als Kreisverbände bezeichnet) als nachgeordnete Gebietsverbände, diese sich in Organisationen der Basis.

1766

1767

1768

1769

1770

1771

1772

(2) Die **Regionalverbände bzw.** Kreisverbände gelten als kleinste territoriale Einheit des Landesverbandes Sachsen-Anhalt. Sie schaffen sich ihre Organe und Gliederungen zur politischen und verwaltenden Arbeit entsprechend den jeweiligen regionalen Bedingungen und den Bestimmungen dieser Satzung selbst. Über die Bildung von **Regionalverbänden bzw.** Kreisverbänden beschließt der Landesparteitag.

1773

1774

1775

1776

1777

1778

1779

(3) Mitglieder können eine Organisation der Basis sowohl nach territorialen Gesichtspunkten als auch in Betrieben und Einrichtungen oder nach bestimmten politischen Themenfeldern oder sozialen Interessen bilden. Eine Organisation der Basis gliedert sich in einen **Regionalverband bzw.** Kreisverband ein.

1780

1781

1782

1783

1784

Organisationen der Basis können Untergruppen bilden und sich in Orts-, Gemeinde- oder **Gebietsverbände auf der Grundlage von Verwaltungsstrukturen** entsprechend der jeweils angemessenen regionalen Struktur zusammenschließen. Diese sind keine Gliederungen im Sinne 7.(1) dieser Satzung.

1785

1786

1787

1788

(4) Die Organisationen der Basis führen Mitgliederversammlungen durch und wählen die Delegierten zur **Regional-,** Kreis- bzw. Stadtdelegiertenkonferenz und unter Beachtung der Wahlgesetze zur VertreterInnenversammlung.

1789

1790

1791

1792 (5) Die Mitglieder des **Regionalvorstandes**, Kreisvorstandes bzw. Stadtvorstandes  
1793 werden für die Dauer von zwei Jahren auf Gesamtmitgliederversammlungen oder  
1794 **Regional-**, Kreis- bzw. Stadtdelegiertenkonferenzen gewählt.  
1795

1796 (6) Die Bestimmungen dieser Landessatzung über den Landesparteitag bzw. Lan-  
1797 desvorstand sind auf die **Regional- bzw.** Kreisverbände analog anzuwenden.  
1798

1799 (7) Gliederungen, die in ihren Beschlüssen und ihrem politischen Wirken erheblich  
1800 und fortgesetzt gegen die Grundsätze des Programms, Grundsatzbeschlüsse der  
1801 PDS oder gegen die Satzung des Landesverbandes Sachsen-Anhalt verstoßen,  
1802 können nach vorheriger Anhörung und sorgfältiger Prüfung durch einen mit Zwei-  
1803 Drittel-Mehrheit gefassten Beschluss der Delegiertenkonferenz (bzw. Gesamt-  
1804 mitgliederversammlung) der übergeordneten Parteigliederung aufgelöst werden.  
1805

1806 (8) Die Parteimitgliedschaft des einzelnen Mitgliedes bleibt von der Entscheidung  
1807 nach 7.(7) unberührt.  
1808

1809 (9) Gegen den Auflösungsbeschluss besteht ein Widerspruchsrecht bei der zustän-  
1810 digen Schiedskommission. Gegen deren Entscheidung kann Widerspruch bis zur  
1811 Bundesschiedskommission eingelegt werden. Bis zur abschließenden Entscheidung  
1812 ist die Geschäftsfähigkeit der Gliederung ausgesetzt.  
1813

1814  
1815  
1816 Der Landesvorstand wird beauftragt, in die Landessatzung sowie die Ordnung der  
1817 Tätigkeit der Finanzrevisionskommission und die Finanzordnung durchgehend in  
1818 allen Abschnitten, die die Kreisverbände betreffen, das Wort Regionalverband  
1819 einzuarbeiten.  
1820

1821  
1822  
1823  
1824  
1825  
1826  
1827  
1828  
1829  
1830  
1831  
1832  
1833  
1834  
1835  
1836  
1837  
1838  
1839  
1840  
1841

1842 Michael Entrich  
1843 Rainer Zühlke  
1844 Ada Ahrens  
1845 Brigitte Böttcher  
1846 Hans-Jürgen Scholz

Halberstadt, 18. April 2005

1847  
1848  
1849  
1850  
1851 **Antrag**

1852  
1853 **zur Bildung des PDS-Regionalverbandes Harz**

1854  
1855 **an die 1. Tagung des 9. Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt**  
1856 **am 18. und 19. Juni 2005 in Wittenberg**

1857  
1858  
1859  
1860 **Beschluss über die Gründung des PDS-Regionalverbandes Harz der PDS**  
1861 **Sachsen-Anhalt**

- 1862  
1863 1. Der Landesparteitag bestätigt die Gründung des PDS-Regionalverbandes Harz  
1864 des PDS-Landesverbandes Sachsen-Anhalt durch Zusammenlegung der Kreis-  
1865 verbände Halberstadt, Quedlinburg und Wernigerode entsprechend Punkt 7  
1866 Absatz 2 der Satzung der PDS Sachsen-Anhalt.  
1867  
1868 2. Der Landesparteitag beauftragt den zu wählenden Vorstand des Regional-  
1869 verbandes Harz, bis 01.01.2006 alle sich aus der Satzung des Landesverbandes  
1870 bzw. dem Statut der PDS ergebenden Veränderungen abzuschließen.  
1871

1872  
1873  
1874  
1875  
1876  
1877  
1878  
1879  
1880  
1881  
1882  
1883  
1884  
1885  
1886  
1887  
1888  
1889  
1890  
1891

1895  
1896  
1897

## Antrag

1898  
1899  
1900  
1901  
1902  
1903

an die 1. Tagung des 9. Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt  
am 18. und 19. Juni 2005 in Wittenberg

1904  
1905  
1906

## Reformen müssen Sachsen-Anhalt nutzen Bürgerschaftliche Rechte stärken

1907  
1908  
1909  
1910

## Für eine tiefgreifende Funktional- Verwaltungs- und kommunale Strukturreform

1911  
1912  
1913  
1914  
1915  
1916  
1917  
1918  
1919

Der PDS-Landesverband spricht sich für die Weiterführung der Funktional-, Verwaltungs- und kommunalen Strukturreform im Land Sachsen-Anhalt aus, um einen zukunftsfähigen Landesaufbau zu erreichen. Dies ist unter den gegenwärtig eingeleiteten Reformansätzen nicht gewährleistet. Es ist auch und gerade auf den politisch agierenden Ebenen von Land und Kommunen notwendig, sich der Defizite bestehender Strukturen und Arbeitsweisen gegenüber den sich rasant entwickelnden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und der sich daraus ergebenden Anforderungen an staatliches und kommunales Agieren bewusst zu werden.

1920  
1921  
1922  
1923  
1924  
1925  
1926  
1927  
1928  
1929

Stagnation, Bewahrungsmentalität, die Politik der halbherzigen Schritte auf dem Gebiet der Funktional-, Verwaltungs- und kommunalen Strukturebene müssen überwunden werden. Für die PDS Sachsen-Anhalt bedeutet ein neuer innovativer Ansatz **erstens** einen Demokratieschub hin zur Zivilgesellschaft durchzusetzen, **zweitens** die Entwicklung eines zweistufigen Verwaltungsaufbaus durch umfassende Kommunalisierung staatlicher Aufgaben zu bewirken und die zu kleinteiligen Länderstrukturen schrittweise zu überwinden sowie **drittens** bürgernahe Entscheidungsstrukturen im kommunalen Bereich herauszubilden.

1930  
1931

## Das Konzept der PDS

1932  
1933  
1934  
1935

### 1. Demokratieentwicklung hin zur Zivilgesellschaft

- **Bürgerkommunen jetzt**

1936  
1937  
1938  
1939

Für die PDS ist die Stärkung der Zivilgesellschaft ein strategisches Ziel. Eine wesentliche Aufgabe zur Umsetzung dieses Zieles ist die Herausbildung von Bürgerkommunen. Hier liegen die größten Potenziale für bürgerschaftliches Engagement und Selbstentscheidung, für ein aktives Mitentscheiden und Selbstorgani-



1940 sation. Um diese Potenziale zu entfalten, bedarf es einer neuen Kultur der Kommunalpolitik. Die PDS Sachsen-Anhalt hält es für erforderlich, unverzüglich die Reformdiskussionen und -aktivitäten flächendeckend mit dem Ringen um eine kommunale Politikreform zu verbinden. Die günstigen Voraussetzungen, die Funktional- und Strukturreformen dafür bieten, sollten konsequent genutzt werden. Bei einem „weiter so“ bergen sie die Gefahr in sich, dass sich das Kräfftedreieck Bürger - Verwaltung - KommunalpolitikerInnen weiter zu Ungunsten von Bürgerbeteiligung und des kommunalen Ehrenamtes in Richtung Verwaltung verschiebt. In den vergangenen Jahren haben sich die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für die Kommunalpolitik stark verändert. Der beschleunigte Aufgabenwandel, neue Informations- und Kommunikationsmittel, die Reformansätze der kommunalen Verwaltung aber auch die Einengung finanzieller Spielräume und eine Politikverdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger sind einige dieser Indikatoren. Dem gegenüber stehen größtenteils über Jahre eingefahrene Arbeitsweisen der ehrenamtlichen KommunalpolitikerInnen. Dies betrifft u.a. den Umgang mit den Einwohnerinnen und Einwohnern, die Form des Wissenserwerbs, die Art und Weise der politischen Meinungsbildungsprozesse und die Kommunikation mit der Verwaltung. Effizienz und Demokratiegewinn sieht die PDS vor allem in der Stärkung direkter Demokratieentfaltung (Bürgerentscheide, Bürgerhaushalte, Bürgerinitiativen und Einwohneranträge) in einer auf strategische Arbeit ausgerichteten politischen Aktivität der gewählten kommunalen MandatsträgerInnen sowie einer weiteren Kommunalisierung staatlicher Aufgaben. Aktiv wird die PDS Wege und Formen entwickeln und umsetzen, die der anwachsenden Ausgrenzung sozialer Gruppen entgegensteuern.

- **Die kommunale Selbstverwaltung neu denken**

1967 Bisherige Gebietsreformen wurden vorrangig nach politischer Kräfftekonstellation entschieden. Die PDS spricht sich für transparente, objektive Kriterien einer solchen Reform aus. Insbesondere legt die PDS auf eine Balance zwischen Effizienz- und Demokratieaspekten innerhalb der Reformprozesse Wert. Im Zentrum der Überlegungen stehen für die PDS die umfassende Kommunalisierung vormals staatlicher Aufgaben und die Ausweitung des Subsidiaritätsprinzips, das über den kommunalen Bereich hinaus auf die Einwohnerinnen und Einwohner ausgeweitet wird. Für den Reformansatz der PDS gilt es, die Bürgerschaft nicht nur als Adressat und Empfänger von Verwaltungsleistungen, sondern in einer Rechte- und Pflichtenstellung innerhalb kommunaler Selbstverwaltung zu sehen.

1977 Dies setzt unter anderem voraus, die klassische Aufgabenteilung wie freiwillige und pflichtige und ihren Bezug zum eigenen und übertragenen Wirkungskreis kritisch zu hinterfragen. Ergänzt werden müssen sie durch „Selbsthilfeaufgaben“ bzw. durch „Aufgaben des bürgerschaftlichen Engagements“. Es sind jene Aufgaben, die verstärkt durch Bürgerinnen und Bürger mitbestimmt und umgesetzt werden. Solche bürgerschaftlichen Aktivitäten sind die bereits praktizierten Arbeitsgemeinschaften für Gemeinwesenarbeit, für integrierte Stadtentwicklung, Stadtteil- und Ortsbeiräte zur Vernetzung der "Hilfe zur Selbsthilfe" zwischen IG Handwerk und Gewerbetreibende, Bürgerinitiativen sowie sozialen und sozio-kulturellen Vereinen und Verbänden, Kinder- und Jugendparlamente, Runde Tische zur Migration usw. usf..

1987 Das bedeutet kein Selbstverzicht beispielsweise auf kommunale Daseinsvorsorge, sondern Bereicherung durch bürgerschaftliches Engagement. Diese eigenständige

1990 Position von Einwohnerinnen und Einwohnern erfordert ein vielfältiges Umdenken.  
1991 Dies betrifft u.a. neue Organisationsformen innerhalb der Verwaltung, andere  
1992 Schwerpunkte in den Haushaltsansätzen aber auch die Verankerung dieser neuen  
1993 Position des Bürgers in der Kommunalverfassung und ihrer Einflussnahme auf  
1994 kommunale Satzungen.

1995

1996 • **Das kommunale Ehrenamt stärken**

1997

1998 Das kommunales Ehrenamt wurde in den letzten Jahren innerhalb der Reform-  
1999 debatten zu Unrecht vernachlässigt. Die PDS sieht in der Qualifizierung des  
2000 kommunalen Ehrenamtes einen Schwerpunkt der Reformen auf kommunaler Ebene.  
2001 Die kommunalen MandatsträgerInnen müssen selbst die Impulse setzen, einge-  
2002 fahrene Gleise zu verlassen. Sie müssen die politischen Impulse setzen, die Verwal-  
2003 tung auf eine qualifizierte Dienstleistungs- und Managementverwaltung für Bürger-  
2004 beteiligung auszurichten. Ihnen obliegt es, die kommunalpolitischen Rahmen-  
2005 bedingungen für bürgerschaftliches Engagement zu bestimmen und sich energischer  
2006 um den Erhalt und die Wiedergewinnung von kommunalen Entscheidungsspiel-  
2007 räumen einzusetzen.

2008 Bei der Umsetzung tiefgreifender Struktur- und Funktionalreformen dürfen deshalb  
2009 nicht die Lösungswege von gestern und heute zum Maßstab der Arbeit von morgen  
2010 gewählt werden. Insbesondere auf der Kreisebene müssen die Rahmenbedingungen  
2011 für das kommunale Ehrenamt professionalisiert werden. So ist ein angemessener  
2012 Dienstleistungssektor für das Ehrenamt zu gewährleisten. (z.B. Geschäftsstellen,  
2013 Zugriffsmöglichkeiten auf Literatur und Gesetzgebung, Konsultationsmöglichkeiten  
2014 von Verwaltungsfachkräften, z.B. der Kommunalaufsicht und des Rechtsamtes,  
2015 angemessene Aufwandsentschädigungen.) Es gilt, neue Formen eines dezentralen  
2016 Wissenserwerbs und der Informationstätigkeit zu erproben und anzuwenden und  
2017 bisher praktizierte aufwendige Wege oder aber auch völlig unzureichende Formen  
2018 der Entscheidungsfindung aufzubrechen. Auf Landesebene muss das Kommunal-  
2019 recht zur Stärkung des Ehrenamtes beispielsweise hinsichtlich der Informations-,  
2020 Kontroll- und Entscheidungsrechte kommunaler Mandatsträger weiter qualifiziert  
2021 werden. Das kommunale Ehrenamt ist in erster Linie so stark, wie es den  
2022 kommunalen MandatsträgerInnen gelingt, sich selbst zu hinterfragen und neue  
2023 Lösungsansätze zu finden. Ohne kommunale Politikreform keine Bürgerkommune.

2024

2025 • **Die kommunale Verwaltung neu ausrichten**

2026

2027 Bei den kommunalen Verwaltungen geht es nicht nur um die zu erschließenden  
2028 Möglichkeiten eines effizienten Personaleinsatzes und auch mittelfristiger Personal-  
2029 reduzierung, die durch die derzeitige Altersstruktur im öffentlichen Dienst unter  
2030 Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen und der Gewährleistung von  
2031 Einstellungskorridoren erfolgen kann. Durch die Eingliederung von Sonderbehörden  
2032 wird zudem ein beachtlicher Teil des Personals vom Land in die Kommunen  
2033 wechseln. Die PDS setzt sich dafür ein, ein modernes einheitliches Dienstrecht, u.a.  
2034 mit leistungsorientierten Bezahlungselementen und einer Flexibilisierung der  
2035 Arbeitszeit zu gewährleisten.

2036 Im Rahmen der Verwaltungsreform sind die Hierarchien in der Aufbau- und Ablauf-  
2037 organisation deutlich zu verflachen, Entbürokratisierung und Aufgabenkritik sind  
2038 stärker auf die aktuellen Erfordernisse auszurichten und die Mitwirkung der Mitar-

2039 beiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung bei den Entscheidungsprozessen früh-  
2040 zeitig zu garantieren.

2041  
2042 Die PDS vertritt die Auffassung, dass Neugliederungen von Gebiets- und damit auch  
2043 Verwaltungsstrukturen stets die Chance in sich bergen, Verwaltungen zu moderni-  
2044 sieren. Die PDS hat sich für eine umfassende Innovation in der Gesellschaft ausge-  
2045 sprochen. Insofern kann die PDS nicht bei der Frage stehen bleiben, ob die  
2046 Verwaltung, so wie sie jetzt beschaffen ist, große Landkreise effizient und bürgernah  
2047 verwalten kann. Es muss vielmehr gefragt werden, welche eigenen Reserven zu  
2048 erschließen sind, um den aktuellen Anforderungen an eine moderne Verwaltung zu  
2049 entsprechen. Neue Formen der Kommunikations- und Informationstechnik zwischen  
2050 den Verwaltungseinheiten, zwischen Verwaltung und Politik und mit den BürgerInnen  
2051 sind konsequent zu nutzen. Darüber hinaus ist die „Verwaltung aus einer Hand“ zu  
2052 garantieren. Dazu müssen die Landkreiskreisverwaltungen und die Verwaltungen der  
2053 gemeindlichen Ebene dem Bürger ortsnah alle Dienstleistungen anbieten. Dies  
2054 bedarf einer neuen Form flächendeckender Kooperation zwischen gemeindlicher und  
2055 kreislicher Verwaltung. Auf der örtlichen Verwaltungsebene müssen Bürgerinnen und  
2056 Bürger alle Anliegen erledigen können, sei es über mobile Verwaltungsbehörden  
2057 oder über gemeinsame Bürgerverwaltungen von Kreis und Gemeinde.

2058  
2059

## 2060 **2. Den Verwaltungsaufbau des Landes umfassend modernisieren**

2061  
2062

- 2062 • **Die Zweistufigkeit durch Kommunalisierung herbeiführen**

2063  
2064 Die PDS strebt an, den zweistufigen Landesaufbau der Verwaltung (Ministerium und  
2065 Kommunen) so bald als möglich und so konsequent wie möglich zu realisieren. Den  
2066 größten Effizienz- und Demokratiegewinn erreicht man, wenn dies in Verbindung  
2067 einer tiefgreifenden Kreisgebietsreform realisiert wird. Große Gebietszuschnitte  
2068 gewährleisten, dass kommunalisierbare Aufgaben aus dem Landesverwaltungsamt  
2069 in die Kreise verlagert werden können. Insbesondere betrifft das die Aufgaben der  
2070 staatlichen Schulaufsicht und des schulpsychologischen Dienstes bis hin zur  
2071 Übernahme des Personals, sofern alle tarifrechtlichen und sonstigen Rahmen-  
2072 bedingungen dies ermöglichen. Kommunalisiert werden sollen die Aufgaben der  
2073 Sozialagentur. Gleichzeitig wird dadurch ermöglicht, dass sich das Land/der Staat  
2074 aus der Fläche zurückziehen kann ohne Sonderbehörden weiter durch Zentralisation  
2075 zu reduzieren. Teile der EU-Fördermittel insbesondere im Bereich ländlicher Raum  
2076 sind mit Beginn der neuen Förderperiode kommunalisierbar, ebenso die Forst- und  
2077 Landwirtschaftsverwaltung, weitere Aufgaben des Umweltbereiches sowie Aufgaben-  
2078 komplexe des Arbeitsschutzes und der Gewerbeaufsicht. Die dazu notwendige  
2079 Harmonisierung der Stellenpläne und Eingruppierungen der Bediensteten ist  
2080 sicherzustellen. Die Regionalkreise sind dann auch in der Lage, die Aufgaben der  
2081 Regionalplanung eigenständig zu leisten. Die Kommunalisierung der Aufgaben sollte  
2082 zeitversetzt erfolgen, sobald die Regionalkreise arbeitsfähig sind.

2083  
2084

- 2084 • **Die ministerielle Ebene straffen**

2085  
2086 Effizienzsteigerungen sind auch durch eine Reduzierung der Ministerien zu  
2087 erreichen. Das Land Sachsen-Anhalt kann mit Beginn der fünften Legislaturperiode  
2088 seine Ministerien auf sieben reduzieren. Nach Auffassung der PDS sind ein Staats-,

2089 Innen-, Finanz-, Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt- und Kultusministerium zu bilden. Dies  
2090 entspricht dem Entwicklungstrend hin zur politisch konzentrierten Wahrnehmung der  
2091 immer komplexer werdenden politischen Entscheidungsprozesse.

2092

2093 • **Für ein starkes Sachsen-Anhalt mittelfristig Länderfusion anstreben**

2094

2095 Die PDS spricht sich dafür aus, dass das Land Sachsen-Anhalt selbstbewusst  
2096 innerhalb des nächsten Jahrzehnts eine Länderfusion anstrebt. Die gescheiterte  
2097 Föderalismusdebatte macht deutlich, dass das föderale System in seiner  
2098 gegenwärtigen Verfasstheit nicht in der Lage ist, eine Reform der bundesstaatlichen  
2099 Ordnung von oben zum Erfolg zu führen. Im Kompetenzgerangel bleibt die  
2100 kommunale Ebene als immer wichtiger werdende Strukturebene außen vor. Der  
2101 Föderalismus in seinen kleinteiligen Strukturen, mit starren Länderinteressen, die  
2102 teilweise Regionalinteressen ausbremsen, behindern die europäische Entwicklung.  
2103 Teilweise laufen die Länderinteressen den Interessen von Bürgerinnen und Bürgern  
2104 zuwider und schaffen zusätzlich bürokratische Hürden. Deutlich wird das besonders  
2105 im Bildungsbereich und in der Wirtschaftsförderung. Kleine Länder werden innerhalb  
2106 der weltweiten Zusammenarbeit immer weniger als Wirtschaftspartner gefragt oder  
2107 gegenseitig in ein kostspieliges Konkurrenzverhalten getrieben. Die PDS spricht sich  
2108 ausdrücklich dafür aus, dass das Land Sachsen-Anhalt auf der Basis eines  
2109 kooperativen Föderalismus seine Arbeits- und Vertragsbeziehungen zu anderen  
2110 Bundesländern vertieft.

2111 Das Land Sachsen-Anhalt strebt selbstbewusst eine Fusion mit den Ländern  
2112 Sachsen und Thüringen an. Dazu ist die „Initiative Mitteldeutschland“ neu zu denken  
2113 und zu beleben. Das heißt insbesondere, dass die Zusammenarbeit transparent und  
2114 parlamentarisch begleitet auf diese Zielstellung ausgerichtet wird.

2115

2116

2117 **3. Kommunale Strukturentwicklung effizient und bürgernah**

2118

2119 • **Kreisstrukturen im Regionalzuschnitt fördern**

2120

2121 In den letzten Jahren vollzog sich eine immer stärkere Regionalisierung der  
2122 Kommunalpolitik. Bis zu einem gewissen Grade konnte diesen Prozessen durch  
2123 Regionalversammlungen, Regionalkonferenzen und Regionalen Entwicklungsplänen  
2124 entsprochen werden. Jedoch wurden immer stärker Forderungen nach regionali-  
2125 sierten Strukturen laut. Die Diskussion um Regionalkreise hat sich innerhalb der  
2126 letzten zwei Jahre erkennbar intensiviert. Damit folgte die Politik verzögert den  
2127 gesellschaftlichen Verflechtungs- und Entwicklungsprozessen insbesondere auch vor  
2128 dem Hintergrund der rasanten Entwicklung innerhalb der Europäischen Union. Die  
2129 Kreise als wichtigstes Bindeglied zwischen Staat, Kommunen und Bürgern sind in  
2130 ihren administrativen Strukturen auf regionale Wirtschaftsräume auszurichten. Für  
2131 das Land Sachsen-Anhalt bieten sich dafür insbesondere fünf Regionalkreise an, die  
2132 bis auf wenige Ausnahmen bereits jetzt in Planungsregionen zusammenarbeiten.  
2133 Anzustreben wären Kreisstrukturen in den Wirtschaftsregionen Altmark, Magdeburg,  
2134 Anhalt, Harz, Halle.

2135

2136 Die Ausrichtung auf regionale Kreisstrukturen bietet zugleich die Chance, über einen  
2137 fairen Vorteils-Lasten-Ausgleich zwischen dem jeweiligen Oberzentrum und der

2138 dazugehörigen Wirtschaftsregion zu einer wirklich zukunftsfähigen Strategie der  
2139 Gestaltung von objektiven Stadt-Umlandkonflikten zu gelangen.

2140 Das bereits im Jahre 2000 vorgeschlagene Regionalkreismodell für die Stadt Halle  
2141 ist derzeit die einzige politische Alternative zu Zwangseingemeindungen und Pflicht-  
2142 zweckverbänden. Der Verzicht auf kreisfreie Städte auf der Grundlage einer ange-  
2143 messenen Finanzausstattung ihrer überregionalen Vorhalteleistungen über das FAG  
2144 führt letztlich zum Gewinn innerhalb der gesamten Region.

2145  
2146 Jeder Schritt einer Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform muss zugleich dazu  
2147 genutzt werden, um Regionen europäischer Dimension mit adäquaten, regional  
2148 ausgerichteten Verwaltungsstrukturen zu schaffen. Das schließt ein, das Konzept der  
2149 zentralen Orte zu hinterfragen und durch ein Konzept der optimalen Verteilung ober-,  
2150 mittel- und grundzentraler Funktionen unter raumordnerischen Aspekten zu ersetzen.

2151  
2152 Regionalkreise befördern nicht nur ganzheitliche regionale Entwicklungsprozesse  
2153 und einen effizienten zweistufigen Verwaltungsaufbau, sie haben auch direkten  
2154 Einfluss auf die Art und Weise der Entscheidungen im kreislichen Selbstver-  
2155 waltungsbereich. Nahezu alle klassischen kommunalen Selbstverwaltungsaufgaben  
2156 der Landkreise werden bereits durch Kooperationsmodelle verwirklicht. In diesen  
2157 Modellen sind die Entscheidungsträger nicht direkt demokratisch legitimiert, meist  
2158 wurden die Positionen der Verwaltungen gestärkt, so dass es insgesamt auch bei  
2159 diesen Regionalisierungsprozessen zu Tendenzen der Entdemokratisierung kam. Bei  
2160 der Bildung von Regionalkreisen würden sich Kooperationsmodelle weitgehend  
2161 erübrigen. Nur in Ausnahmefällen könnten ggf. höhere Kommunalverbände wirksam  
2162 werden, sofern dies unter den kommunalen Entscheidungsträgern gewünscht wird.

2163  
2164 • **Effiziente und demokratische Gemeindestrukturen anstreben**

2165  
2166 Die PDS lässt sich im gemeindlichen Bereich davon leiten, dass Bürgerinnen und  
2167 Bürger insbesondere in und über ihre Orte gesellschaftliche Entwicklungsprozesse  
2168 wahrnehmen und am ehesten die Möglichkeit der Mitgestaltung und Entscheidung  
2169 haben. Ihre Strukturen sollten Raum für die Wahrnehmung von Bürgerrechten und  
2170 Bürgerpflichten bieten und neu eröffnen, überschaubar sein aber auch effizient und  
2171 demokratisch arbeiten.

2172  
2173 Die gemeindliche Verwaltungsstrukturreform von CDU und FDP hat die Defizite im  
2174 gemeindlichen Raum nicht beseitigt.

2175 Um bei den gemeindlichen Strukturen der zunehmenden überörtlichen Bedeutung  
2176 einer Vielzahl von Aufgaben zu entsprechen, müssen wichtige überörtliche Aufgaben  
2177 der Daseinsvorsorge auch überörtlich wahrgenommen und entschieden werden.  
2178 Zum anderen sind große Verwaltungsgemeinschaften mit mehr als 10 Mitglieds-  
2179 gemeinden nicht effizient. Sie binden Steuergelder für aufwändige innere Verwal-  
2180 tungsvorgänge. Wird das Modell der Großkreise umgesetzt, kommt es zudem zu  
2181 größeren Verwerfungen innerhalb des Landesaufbaus. Die PDS sieht auch unter  
2182 demokratischen Aspekten die Einheitsgemeinden im Grundsatz für erstrebenswert.

2183  
2184  
2185  
2186  
2187

## II.

### Die PDS im Ringen um die Umsetzung des Konzeptes

#### **Ausgangslage:**

Die PDS hält die oben dargestellte Entwicklung innerhalb Sachsen-Anhalts für erforderlich. Mittelfristig wird es dazu keine Alternative geben, dies betrifft in gleichem Maße auch andere Bundesländer, Mecklenburg-Vorpommern setzt dieses Konzept bereits um, in Sachsen und Thüringen werden ähnliche Konzepte diskutiert. Auch Sachsen-Anhalt befindet sich derzeit in einer Strukturreform der Kreisebene und hätte die große Chance, ebenfalls die Voraussetzungen für eine tiefgreifende Struktur- und Funktionalreform zu schaffen. Dies erfolgt nach dem Willen der derzeitigen Landesregierung jedoch nicht. Wurden am Anfang der Legislatur alle Reformansätze von SPD und PDS verantwortungslos verworfen und gestoppt, so ist mit dem Kommunalneugliederungsgrundsatzgesetz die Ausrichtung der Kreisebene auf Wirtschaftsregionen weitgehend gesetzlich unterbunden. Nach einem ersten Funktionalgesetz wurde eine Weiterführung der Funktionalreform lediglich deklariert, jedoch nicht konkretisiert. Indes gehen die Bestrebungen zur Zentralisation von Aufgaben auf Landesebene weiter. Alle Versuche der Opposition, die sich gegenwärtig bietende Chance für einen tiefgreifenden und komplexen Reformansatz zu nutzen, schlugen fehl. Es ist erklärtes Ziel der derzeitigen Regierung, am dreistufigen Verwaltungsaufbau festzuhalten und bei den Kreisen in der überwiegenden Zahl keinen Regionalzuschnitt anzustreben. Für eine weitere umfassende Funktionalreform, sieht die PDS unter diesen Voraussetzungen derzeit objektiv keinen nennenswerten Handlungsspielraum.

#### **Die PDS steht vor diesem Hintergrund vor der Frage, inwieweit das für notwendig erkannte Reformkonzept auch verantwortungsbewusst umgesetzt werden kann:**

1. In der kommenden Legislaturperiode wird die PDS den Schwerpunkt ihrer Arbeit insbesondere auch über ihre kommunalen MandatsträgerInnen auf die Demokratisierung und Effizienzsteigerung auf der kommunalen Ebene legen. Dazu ist das Konzept der Bürgerkommune flächendeckend zu diskutieren und Schritte der Umsetzung auf allen Ebenen zu beschließen. Im Rahmen der Diskussionen und Beschlussfassungen zur Kreisgebietsreform drängen die kommunalen MandatsträgerInnen darauf, eine kommunale Politikreform in Richtung Bürgerkommune in die Reformziele aufzunehmen. Landesseitig ist eine Beschlussfassung zur Unterstützung einer kommunalen Politikreform durch die PDS zu initiieren. Die Herausbildung von Bürgerkommunen ist als Gemeinschaftsaufgabe des Landes Sachsen-Anhalt und seiner Kommunen zu verwirklichen.
2. Die PDS wird auch weiterhin darum kämpfen, dass die derzeit gesetzlich geltenden Obergrenzenregelungen für Kreisstrukturen entfallen. Diese in der Bundesrepublik einmaligen Restriktionen behindern die Ausrichtung auf Wirtschaftsräume und machen den Übergang zur Zweistufigkeit unmöglich. Die PDS wird sich dafür einsetzen, dass Bestrebungen aus dem kreislichen Bereich zur Bildung von Großkreisen landesseitig umfassend gefördert werden. Sofern die PDS nach den Wahlen in Regierungsverantwortung treten sollte, trifft dies insbesondere auch für die dann umzusetzende Kreisgebietsreform der jetzigen Landesre-

2238 gierung zu. Der Zeitkorridor für die Umsetzung der Kreisstrukturen wird dann bis  
2239 2009 gestreckt. Nehmen Kreise die Regionalstruktur vorzeitig ein, können diese  
2240 auf Wunsch bereits einzelne Landesaufgaben übernehmen und als Modellkreise  
2241 fungieren. Somit kann eine schrittweise Umsetzung der Struktur- und Funktional-  
2242 reform erfolgen. Der gegenwärtig laufenden Diskussion und Beschlussfassung  
2243 zur Kreisgebietsreform kann und wird sich die PDS nicht verschließen. Sie wird  
2244 sich jedoch dafür einsetzen, dass der Weg in Richtung Regionalkreise so weit  
2245 wie möglich für einen späteren Zeitpunkt offen bleibt.  
2246

2247 3. Die PDS wird sich dafür einsetzen, dass gemeindliche Aufgaben von überört-  
2248 licher Bedeutung (z.B. Kinderbetreuung, Brandschutz, Flächennutzungsplanung,  
2249 Grundschulen) im Interesse von Bürgerinnen und Bürgern auch überörtlich  
2250 entschieden werden. Dies kann durch die freiwillige Abgabe der Entschei-  
2251 dungshoheit durch alle Gemeinden in den Gemeinschaftsausschuss erfolgen.  
2252 Besteht der Wunsch das Verwaltungsgemeinschaftsmodell beizubehalten, so  
2253 bildet diese Aufgabenübertragung dafür die Voraussetzung. Die Anzahl der  
2254 Mitgliedsgemeinden innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft ist zeitnah zur  
2255 Kreisstrukturreform durch Zusammenschlüsse von Kleinstgemeinden deutlich zu  
2256 reduzieren. Eine Verwaltungsgemeinschaft soll nicht mehr als 10 Mitglieds-  
2257 gemeinden haben. Die Fortentwicklung von Verwaltungsgemeinschaften in  
2258 Einheitsgemeinden ist ein weitergehender Schritt , der sich bei einer großen  
2259 Anzahl von Verwaltungsgemeinschaften anbietet und auch ohne staatlichen  
2260 Zwang eingeleitet werden kann.  
2261

2262 4. Die PDS geht davon aus, dass die oben skizzierte Weiterführung der Funktional-,  
2263 Verwaltungs- und kommunalen Strukturreform in ihren Grundzügen bis spätes-  
2264 tens 2011 abgeschlossen werden kann. Sie wird sich bemühen, dafür mehr  
2265 öffentliche Akzeptanz und die notwendigen politischen Mehrheiten zu schaffen.  
2266 Der Parteitag spricht sich dafür aus, dass die gemeinsame Arbeitsgruppe von  
2267 Landesvorstand und Landtagsfraktion ihre Arbeit langfristig fortsetzt. Im Landes-  
2268 wahlprogramm sind Schwerpunkte des Konzeptes aufzunehmen. Die Kreisvor-  
2269 stände der PDS sollten ihre kommunalpolitische Arbeit auf der Grundlage des  
2270 Konzeptes gestalten und an der weiteren Präzisierung mitarbeiten.  
2271

2272  
2273  
2274  
2275  
2276  
2277  
2278  
2279  
2280  
2281  
2282  
2283  
2284  
2285  
2286  
2287

2289  
2290  
2291  
2292  
2293  
2294  
2295  
2296  
2297  
2298  
2299  
2300  
2301  
2302  
2303  
2304  
2305  
2306  
2307  
2308  
2309  
2310  
2311  
2312  
2313  
2314  
2315  
2316  
2317  
2318  
2319  
2320  
2321  
2322  
2323  
2324  
2325  
2326  
2327  
2328  
2329  
2330  
2331  
2332  
2333  
2334  
2335  
2336  
2337

## **Antrag**

### **an die 1. Tagung des 9. Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt am 18. und 19. Juni 2005 in Wittenberg**

Der Landesvorstand schlägt dem Landesparteitag vor, den derzeitigen Fraktionsvorsitzenden der PDS im Landtags von Sachsen-Anhalt, Wulf Gallert, als Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten zu nominieren.

#### **Begründung:**

Als nach WählerInnenstimmen zweitstärkste Partei in Sachsen-Anhalt und angesichts der jahrelangen Erfahrungen als konstruktive politische Kraft im Landtag von Sachsen-Anhalt will die PDS Sachsen-Anhalt mit der Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme in den Landtagswahlkampf 2006 gehen. Dazu benötigt sie ein personelles Angebot für Wählerinnen und Wähler sowie für möglicher Partnerinnen und Partner der Zusammenarbeit nach der Wahl. Dieses personelle Angebot soll mit einer konkreten Kandidatur für das Amt des Ministerpräsidenten bekräftigt werden.



2338 Landesvorstand der PDS Sachsen-Anhalt

2339

2340

2341

2342

**Beschluss des PDS-Landesvorstandes  
am 3. Mai 2005**

2343

2344

2345

2346

2347

**Auf Grundlage des Beschlusses des Landesvorstandes der PDS Sachsen-Anhalt vom 19.02.2005 „Vorschlag für eine Kernmannschaft zur Landtagswahl 2006“ wird folgende Verfahrensweise vorgeschlagen:**

2348

2349

2350

Erarbeitung von Prinzipien für die Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten der PDS zur Landtagswahl 2006.

2351

2352

2353

Der Landesvorstand veranlasst die geeignete Bekanntgabe der beschlossenen Prinzipien.

2354

2355

2356

2357

**I. Prinzipien der Aufstellung der Landesliste der PDS zur Landtagswahl 2006**

2358

2359

1. Die PDS tritt 2006 mit einer offenen Liste zur Landtagswahl an. Für diese offene Liste sollen geeignete und kompetente Mitglieder der PDS und darüber hinaus parteilose Persönlichkeiten aus sozialen, politischen, ökologischen und kulturellen Bewegungen des linken, demokratischen, antifaschistischen Spektrums gewonnen werden, um die gesellschaftliche Basis und die öffentliche Wirksamkeit sozialistischer Politik zu stärken.

2360

2361

2362

2363

2364

2365

2. Entscheidend ist die politische und fachliche Kompetenz der zukünftigen Fraktion der PDS im Landtag sowie die feste Verankerung der Fraktionsmitglieder in der Gesellschaft und in der PDS. Die PDS erwartet von ihren BewerberInnen ausgeprägte Bürgernähe, Bescheidenheit und Basisverbundenheit.

2366

2367

2368

2369

2370

2371

2372

2373

2374

2375

Sie sollten über Glaubwürdigkeit und Ansehen verfügen und in der Lage sein, die Politik der PDS offensiv und öffentlich zu vertreten. Die BewerberInnen sollen bereit sein, die flächendeckende öffentliche Präsenz der zukünftigen Fraktion im Land durch ihr Bürgerbüro unabhängig vom Wohnort zu sichern und Mandatsträgerbeiträge in zu beschließender Höhe zu leisten.

2376

2377

2378

3. In der künftigen PDS-Landtagsfraktion sollen sich die Anforderungen des Statuts zur Quotierung widerspiegeln.

2379

2380

2381

2382

2383

4. Die Beschlussfassung der VertreterInnenversammlung über die Landesliste ist durch die Mitglieder, die Basisorganisationen und die VertreterInnenversammlungen der Kreis- bzw. Stadtverbände demokratisch vorzubereiten. Der Landesvorstand hat seine politische Verantwortung für die Umsetzung der Prinzipien wahrzunehmen.

2384

2385

2386

2387

2388

2389

2390

2391

2392

Die Wahlvorbereitung erfolgt in enger Zusammenarbeit zwischen dem Landesvorstand, dem Landesparteirat und den Kreisvorständen.

2393  
2394  
2395  
2396  
2397  
2398  
2399  
2400  
2401  
2402  
2403  
2404  
2405  
2406  
2407  
2408  
2409  
2410  
2411  
2412  
2413  
2414  
2415  
2416  
2417  
2418  
2419  
2420  
2421  
2422  
2423  
2424  
2425  
2426  
2427  
2428  
2429  
2430  
2431  
2432  
2433  
2434  
2435  
2436  
2437  
2438  
2439  
2440  
2441  
2442  
2443  
2444  
2445  
2446

## **II. Aufstellung und Wahl der Landesliste für den Landtag**

### **1. Wahlvorschläge für die Landesliste aus den Kreisverbänden**

Die Kernmannschaft ist eine Vorschlagsliste, die in Verantwortung des Landesvorstandes als Kompetenzgruppe der VertreterInnenversammlung vorgelegt wird. Sie soll der Stärkung des Spitzenkandidaten bzw. MP-Kandidaten für das öffentliche Auftreten im Wahlkampf dienen.

Als Voraussetzung sollen die BewerberInnen der Kernmannschaft jene zentralen Politikfelder abdecken, die die Landesparteitage von Leuna und Wittenberg in das Zentrum des politischen Agierens der PDS gestellt haben. Dazu gehören ebenso Personen, die von ihrer Funktion her die PDS in der Öffentlichkeit repräsentieren.

Die Kreisvorstände werden gebeten für eine solche Kernmannschaft oder Kompetenzgruppe Vorschläge zu unterbreiten.

Die gleiche Bitte ergeht an die Landtagsfraktion.

Unter Berücksichtigung der Prinzipien von I. und II. schlägt der Landesvorstand unter Würdigung der Vorschläge eine Liste von 8 Personen vor, die mit dem Landesparteierrat und den Kreisvorsitzenden zu konsultieren ist. Danach bestimmt der Landesvorstand in geheimer Wahl die Reihenfolge der Vorschlagsliste.

### **2. Aufstellung der Landesliste und Bestimmung der Reihenfolge**

Das Verfahren zur Feststellung einer Reihenfolge auf der Landesliste ist weder im Statut noch in der Rahmenwahlordnung der PDS geregelt.

Der Landesvorstand erarbeitet eine Wahlordnung, die den Vorgaben des Wahlgesetzes und des Statutes der PDS entspricht und eine freie, gleiche und geheime Wahl für alle Plätze der Landesliste sichert. Die Wahlordnung wird durch die VertreterInnenversammlung beschlossen.

## **III. Wahl der DirektkandidatInnen**

Grundsatz sollte sein:

1. Die PDS bewirbt sich in den 45 Wahlkreisen des Landes um ein Direktmandat.
2. Es sollten Kandidatinnen und Kandidaten gewonnen und gewählt werden, die in den Wahlkreisen bekannt, anerkannt und geachtet sind und im Vergleich mit den KandidatInnen der anderen Parteien für sich und die PDS maximale Stimmenanteile erringen können. Verantwortlich für die Vorschläge der KandidatInnen sind die Kreisvorstände.

Die Aufstellung erfolgt in VertreterInnenversammlungen entsprechend dem Statut bzw. der Satzung und dem Wahlgesetz Sachsen-Anhalts.

2447  
2448  
2449  
2450  
2451  
2452  
2453  
2454  
2455  
2456  
2457  
2458  
2459  
2460  
2461  
2462  
2463  
2464  
2465  
2466  
2467  
2468  
2469  
2470  
2471  
2472  
2473  
2474  
2475  
2476  
2477  
2478  
2479  
2480  
2481  
2482  
2483  
2484  
2485  
2486  
2487  
2488  
2489  
2490  
2491  
2492  
2493  
2494  
2495  
2496

## Bisher bekannte Kandidaturen

(Stand: 9. Mai 2005)

### Landesvorstand

*Geb.-Datum*                      *Kreis*

*als Landesvorsitzender:*

Matthias Höhn                      19.08.1975                      Sangerhausen

*als stellv. Landesvorsitzende:*

Gudrun Tiedge                      29.09.1953                      Bördekreis

*als stellv. Landesvorsitzender:*

Achim Bittrich                      21.04.1952                      Halle

*als Landesgeschäftsführer:*

Michael Entrich                      20.11.1960                      Ohrekreis

*als Landesschatzmeisterin:*

Corinna Pilatzki                      24.01.1960                      Schönebeck

*als Mitglieder im Landesvorstand:*

Birke Bull                      09.11.1963                      Bernburg  
Sandra Heiß                      11.12.1977                      Merseburg-Querfurt  
Angelika Klein                      21.07.1951                      Mansfelder Land  
Monika Krüger                      03.09.1958                      Halle  
Henriette Quade                      08.05.1984                      Halle  
Iris Töpsch                      14.03.1957                      Sangerhausen  
Jürgen Brunsch                      30.10.1957                      Salzwedel  
Jürgen Butzkies                      15.09.1959                      Merseburg-Querfurt  
Klaus Czernitzki                      28.01.1963                      Ohrekreis  
Klaus-Dieter Iffarth                      14.06.1951                      Saalkreis  
Uwe Loos                      18.09.1963                      Wittenberg  
André Lüderitz                      14.09.1958                      Wernigerode  
Erich Müller                      03.03.1933                      Saalkreis  
Günter Trepte                      25.02.1938                      Halle

### Landesschiedskommission

Dietrich Altmann                      22.07.1945                      Merseburg-Querfurt  
Christine Paschke                      01.09.1950                      Salzwedel

### Landesfinanzrevisionskommission

Ingrid Giesel                      05.12.1946                      Halle  
Karin Müller                      26.12.1955                      Schönebeck  
Udo Riedel                      25.10.1970                      Bernburg

2497 **Mitglieder im Bundesparteirat:**

2498  
2499  
2500  
2501  
2502  
2503  
2504  
2505  
2506  
2507  
2508  
2509  
2510  
2511  
2512  
2513  
2514  
2515  
2516  
2517  
2518  
2519  
2520  
2521  
2522  
2523  
2524  
2525  
2526  
2527  
2528  
2529  
2530  
2531  
2532  
2533  
2534  
2535  
2536  
2537  
2538  
2539  
2540  
2541  
2542  
2543  
2544  
2545  
2546

Eva Strube

24.05.1935

Ohrekreis